



# 2

## SCHLAGLICHTER DER WIRTSCHAFTSPOLITIK FEBRUAR 2022 MONATSBERICHT

**22**  
FRAUEN IN  
DER WIRTSCHAFT  
GRÜNDERINNEN  
GEZIELT FÖRDERN

**38**  
MEHR E-AUTOS FÜR  
DEN KLIMASCHUTZ  
INNOVATIONSPRÄMIE  
VERLÄNGERT

**40**  
GRÜNER  
WASSERSTOFF  
NEUER STAR GLOBALER  
ENERGIEPOLITIK



IM FOKUS

# GRÜNE WÄRME

NEUES FÖRDERPROGRAMM  
FÜR NACHHALTIGE FERNWÄRME

# **EDITORIAL**



**„WIR HABEN JETZT DIE CHANCE,  
KLIMAPOLITISCHE TRANSFORMATION  
ZU EINEM ÖKONOMISCHEN  
ERFOLGSMODELL ZU MACHEN.“**

**LIEBE LESERIN,  
LIEBER LESER,**

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Erfolgsgeschichte. Unser Wohlstand zeugt eindrucksvoll davon. Aber: Die ökologischen Grenzen unseres wirtschaftlichen Handelns werden immer deutlicher, nicht nur, aber vor allem mit Blick auf das Klima. Vor uns liegen gewaltige Herausforderungen, wir brauchen den Aufbruch zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft.

Die Märkte der Zukunft werden digital und klimaneutral sein – und das weltweit. Wir müssen in Europa auf Innovationen und Investitionen in klimafreundliche Technologien setzen, um im globalen Wettbewerb nicht nur mitzuhalten, sondern eigene Standards zu setzen. Dazu gehört vor allem, dass wir uns für fairen Wettbewerb im Binnenmarkt und auf den Weltmärkten einsetzen.

In den letzten 30 Jahren haben wir es geschafft, den Anteil der Erneuerbaren Energien in Deutschland auf 42 % zu heben. Bis 2030 muss dieser Anteil auf 80 % steigen. Da zugleich mehr klimaneutraler Strom für die Verkehrswende und die Transformation der Industrie benötigt wird, müssen wir unsere Anstrengungen in den nächsten acht Jahren nicht nur verdoppeln, sondern verdreifachen. Als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz werde ich alle Hebel in Bewegung setzen, um den Rückstand der letzten Jahre aufzuholen und Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen. Die Arbeiten dafür laufen schon jetzt auf Hochtouren.

Unsere wirtschaftspolitische Strategie haben wir gerade mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2022 veröffentlicht. Neu ist das Sonderkapitel „Nachhaltiges und inklusives Wachstum“, in dem wir – ganz im Sinne einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft – jenseits des Bruttoinlandsproduktes erstmals auch ergänzende Dimensionen des materiellen und immateriellen Wohlstands sowie generationenübergreifender Nachhaltigkeit in der Zusammenschau betrachten. Die wichtigsten Inhalte des Jahreswirtschaftsberichts und die Kernergebnisse unserer Jahresprojektion zum weiteren Konjunkturverlauf haben wir in dieser Ausgabe der „Schlaglichter“ für Sie zusammengefasst.

Im vorliegenden Monatsbericht finden Sie unter anderem interessante Beiträge zur Wärmewende, zum Einsatz von grünem Wasserstoff und zur industriellen Bioökonomie. Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine interessante und anregende Lektüre!



**ROBERT HABECK**  
*Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz*

# WW

## WIRTSCHAFTSPOLITIK 10—47

**EDITORIAL** 02

**KONJUNKTUR-  
SCHLAGLICHT** 06

**WÖRTLICHE REDE** 08  
Bundesminister Habeck  
über zukünftige  
Herausforderungen

**WORTMELDUNG** 17  
Christian Maaß,  
Leiter der Abteilung  
Energiepolitik –  
Wärme und Effizienz  
im BMWK



**AUF EINEN BLICK** 20  
Kernenergie:  
Nachhaltige Finanzierung  
für sichere Entsorgung



**TELEGRAMM** 21

# 12

IM FOKUS



**GRÜNE WÄRME**  
Neues Förderprogramm für  
nachhaltige Fernwärme

# 22

## FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT

Das EXIST-Förderprogramm wird jetzt noch familienfreundlicher



## BEST OF SOCIAL MEDIA

25

## BMWK AKTIV

26

Schneller in die Praxis: Förderung für Beispielregionen der industriellen Bioökonomie

## JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2022

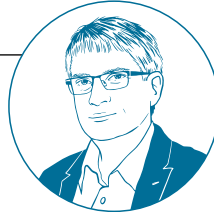
28

Wie der Aufbruch in ein Jahrzehnt der Investitionen gelingen kann

## 3 FRAGEN AN

33

Sven Giegold, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz



## MEHR E-AUTOS FÜR DEN KLIMASCHUTZ

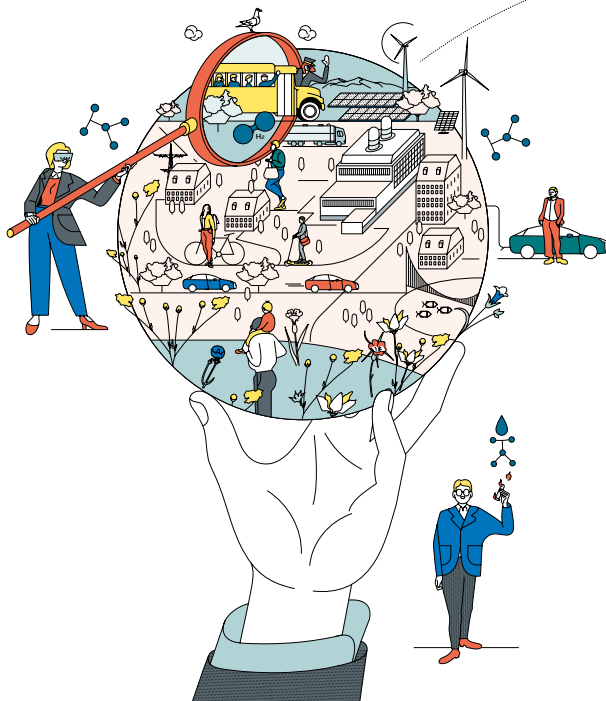
38

Innovationsprämie für den Kauf von Elektrofahrzeugen bis Ende 2022 verlängert

## GRÜNER WASSERSTOFF

40

Der Rising Star der internationalen Energiepolitik



## TERMINE

47

# K

## KONJUNKTUR

48—64

## DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM JANUAR 2022

50

## BIP-NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2022

58

## MONETÄRE ENTWICKLUNG

60

## GRAFIKEN & TABELLEN

Den Zahlenteil mit Übersichten und Grafiken finden Sie in der Beilage

# #KONJUNKTURSCHLAGLICHT

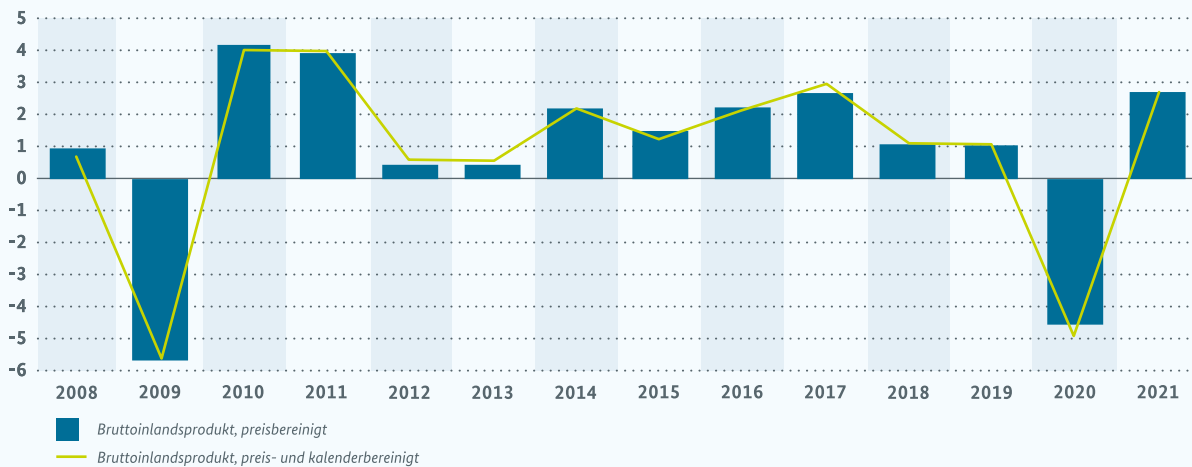
## GEDÄMPFTE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG ÜBER DEN WINTER AUFGRUND DER OMIKRON-VARIANTE



### GESAMTWIRTSCHAFT

#### BRUTTOINLANDSPRODUKT

Veränderungen gegen Vorjahr in %



**IM JAHR 2021 WUCHS DAS BIP UM 2,7 %.** Der Start ins Jahr 2022 dürfte jedoch verhalten ausfallen, da die kontaktintensiven Dienstleistungen aufgrund der gestiegenen Infektionszahlen beeinträchtigt sind und auch die Industrie noch unter Lieferengpässen leidet.



### WELTWIRTSCHAFT

#### WELTINDUSTRIEPRODUKTION (CPB)

Monate, Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt



#### DIE STIMMUNG IN DEN UNTERNEHMEN BLEIBT ZUVERSICHTLICH.

Zwar haben Lieferengpässe die rasante Aufholbewegung nach der Krise im Jahr 2021 ausgebremst, dennoch befindet sich die Weltwirtschaft weiter auf Wachstumskurs.

#### LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

**AUSSENWIRTSCHAFT**

**AUFTRAGSEINGÄNGE AUS DEM AUSLAND UND ifo EXPORTERWARTUNGEN**

Auftragseingang Ausland, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt  
ifo Exporterwartungen, 3 Monate, Salden, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk), ifo Institut

**DIE AUS- UND EINFUHREN VON WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN LEGTEN ZULETZT MERKLIICH ZU.**

Trotz anhaltender Probleme bei Lieferengpässen bleibt der Ausblick angesichts hoher Auftragsbestände grundsätzlich positiv.

**PRIVATER KONSUM**

**EINZELHANDEL OHNE KFZ**

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**IM EINZELHANDEL LEGTE DAS GESCHÄFT IM NOVEMBER ETWAS ZU.** Dennoch dürfte das aktuelle Infektionsgeschehen private Verbraucher und Händler weiter verunsichern, sodass mit einem schwachen Jahresbeginn zu rechnen ist.

**PRODUKTION**

**DIE INDUSTRIEPRODUKTION HAT SICH STABILISIERST.**

Sie ist im November den zweiten Monat in Folge gestiegen, allerdings sind damit die Produktionseinbußen seit Jahresbeginn noch nicht wettgemacht. Der Ausblick für die nächsten Monate zeigt sich vorsichtig optimistisch.

**INDUSTRIEPRODUKTION**

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

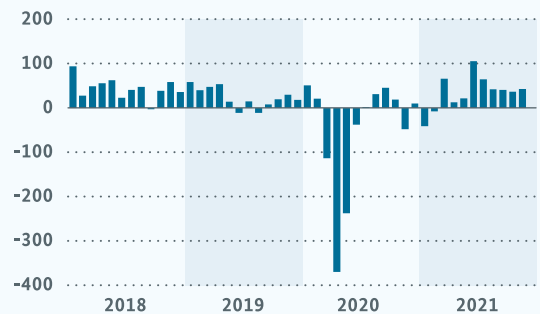
**ARBEITSMARKT**

**DIE ERHOLUNG AUF DEM ARBEITSMARKT HÄLT AN.**

Die Erwerbstätigkeit legte zuletzt zu, die Arbeitslosigkeit sank. Dies dürfte sich in den kommenden Monaten mit abgeschwächter Dynamik fortsetzen, allerdings bei wieder zunehmender Kurzarbeit.

**ERWERBSTÄTIGE (INLAND)**

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

# WÖRTLICHE REDE





**„WIR STEHEN ALSO TATSÄCHLICH NOCH EINMAL AN EINEM MOMENT, DER EINEN AUFBRUCH BEDEUTEN KANN. DER DIESEM LAND, DAMIT DIESEM KONTINENT EINE WERTE- UND WERTSCHÖPFUNGSKETTE [...] ZURÜCKGEBEN KANN, DIE WIR IN DER VERGANGENHEIT VERLOREN HABEN.**

**WIR STEHEN ABER AUCH VOR EINER GIGANTISCHEN AUFGABE, DIE DAS VERSTÄNDNIS VON POLITIK, JA POLITISCHES LEADERSHIP, FÜHRUNGSKRAFT NOCH EINMAL GANZ NEU HERAUSFORDERN WIRD.“**

**ROBERT HABECK,**  
*Bundesminister für Wirtschaft und  
Klimaschutz in der Plenarsitzung des  
Bundesrates am 17. Dezember 2021*

12

GRÜNE WÄRME





## **WIRTSCHAFTSPOLITIK**

<b>IM FOKUS: GRÜNE WÄRME</b>	<b>12</b>
<b>WORTMELDUNG</b>	<b>17</b>
<b>AUF EINEN BLICK: NACHHALTIGE FINANZIERUNG FÜR SICHERE ENTSORGUNG</b>	<b>20</b>
<b>TELEGRAMM</b>	<b>21</b>
<b>FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT: MEHR GRÜNDERINNEN FÜR DEUTSCHLAND</b>	<b>22</b>
<b>BEST OF SOCIAL MEDIA</b>	<b>25</b>
<b>BMWK AKTIV: SCHNELLER VOM LABOR IN DIE PRAXIS</b>	<b>26</b>
<b>JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2022</b>	<b>28</b>
<b>3 FRAGEN AN ...</b>	<b>33</b>
<b>MEHR E-AUTOS FÜR DEN KLIMASCHUTZ</b>	<b>38</b>
<b>GRÜNER WASSERSTOFF</b>	<b>40</b>
<b>TERMINE</b>	<b>47</b>



# GRÜNE WÄRME

## NEUES FÖRDERPROGRAMM FÜR NACHHALTIGE FERNWÄRME

**G**eheizte Wohnungen im Winter, warmes Wasser, hohe Temperaturen für industrielle Fertigungsprozesse: Rund die Hälfte der Energie wird in Deutschland für Wärme verbraucht. Die Energiewende gelingt deshalb nur dann, wenn neben der Strom- auch die Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt wird.

Eine Schlüsselrolle spielen dabei Fernwärmenetze: Über sie können sich viele Haushalte effizient und kostengünstig mit grüner Wärme versorgen; auch Abwärme aus industriellen Prozessen kann dazu über Wärmenetze eingesetzt werden. Um diese Entwicklung zu fördern, schafft die Bundesregierung ein neues Förderprogramm für die Umstellung der Wärmenetze auf CO<sub>2</sub>-Neutralität.

### KLIMANEUTRALITÄT BIS 2045 ERFORDERT ENORME FORTSCHRITTE IM WÄRMEBEREICH

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Dieses im Klimaschutzgesetz verankerte Ziel setzt den Rahmen. Auch im Wärmebereich ist der Ausstieg aus fossilen Energien herausfordernd. Die Wärmewende – die Energiewende im Wärmebereich – setzt gedämmte Gebäude voraus. Sie erfordert die

Umstellung vor Ort installierter Heizungen in Ein- und Mehrfamilienhäusern sowie in gewerblichen und öffentlichen Gebäuden auf erneuerbar bereitgestellte Wärme und bedarf der klimaneutralen Bereitstellung von Fernwärme, die über Rohrleitungen für angenehme Temperaturen im Haus sorgt.

Wärmenetze tragen bundesweit mit einem Anteil von 8% zur Wärmeversorgung bei (Stand 2018). In Städten mit Fernwärmenetzen liegen die Anteile deutlich höher. In Hamburg und Berlin beispielsweise kommt etwa ein Viertel der Wärme für Gebäude aus der Fernwärme. Gerade die großen, bislang fossil gespeisten Wärmenetze sind es, in denen die meiste Fernwärme verteilt wird: Etwa 86% des Fernwärmeabsatzes findet in großen Wärmenetzen statt, also in Netzen mit über 100 Kilometer Trassenlänge.

Fernwärme kommt bislang überwiegend aus fossilen Quellen. Erzeugt wird die Wärme vor allem durch die Verbrennung von Kohle und Erdgas in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK). Diese erzeugen sowohl Strom als auch Wärme. Das ist zwar deutlich effizienter als die ungekoppelte Energieerzeugung für die beiden Sektoren, durch die Nutzung fossiler Brennstoffe aber dennoch klimaschädlich. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Fernwärme lag nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) 2021 bei gerade einmal 17,5% (siehe Abbildung). —>

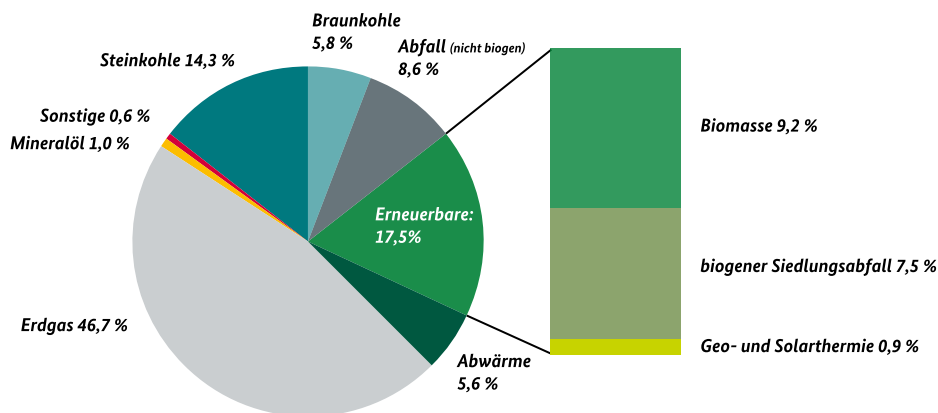
### IN KÜRZE

Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) soll die Umstellung der Fernwärme auf CO<sub>2</sub>-Neutralität unterstützen.

**RUND DIE HÄLFTE  
DER ENERGIE WIRD IN  
DEUTSCHLAND FÜR  
WÄRME VERBRAUCHT.**

**ABBILDUNG: NETTOWÄRMERZEUGUNG\* IN DEUTSCHLAND NACH ENERGIETRÄGERN**

zur leistungsgebundenen Wärmeversorgung 2021: 140 Mrd. kWh\*\*



\*der Wärmeversorger sowie Einspeisungen von Industrie und Sonstigen  
 \*\*vorläufige Zahlen, teilweise geschätzt

Quellen: Statistische Bundesamt, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.; Stand 12/2021

Hier besteht großer Bedarf an Veränderungen. Diese sind mit erheblichen Investitionen verbunden und haben einen langen Vorlauf. Der notwendige Umbau muss deshalb sofort angeschoben und in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Ein besonderer Handlungsdruck entsteht durch den beschlossenen Kohleausstieg: Kohlekraftwerke gehen in den kommenden Jahren vom Netz, die wegfallende Energieerzeugung muss ersetzt werden – und das möglichst direkt durch CO<sub>2</sub>-neutrale Alternativen.

**FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN: BUNDESFÖRDERUNG FÜR EFFIZIENTE WÄRMENETZE**

Kurzfristig rechnet sich die Umstellung auf erneuerbare Energien und die Nutzung industrieller Abwärme für Stadtwerke und andere Wärmeversorger betriebswirtschaftlich noch nicht, weil die fossile Erzeugung bislang deutlich günstiger ist. Die langfristigen gesellschaftlichen Kosten für die Folgen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes schlagen sich noch nicht spürbar in den Preisen für die Nutzung von Kohle, Gas und Öl nieder.

Um den Umstieg auf erneuerbare Energien und auch die Nutzung industrieller Abwärme in Wärmenetzen jetzt anzuschieben, soll ein Förderprogramm der Bundesregierung diese Wirtschaftlichkeitslücke schließen und so in den kommenden

Jahren für fairere Wettbewerbsbedingungen zwischen fossiler und erneuerbarer Wärme sorgen. Der Start der neuen Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) ist für 2022 geplant – unmittelbar nach der beihilferechtlichen Klärung mit der EU-Kommission.

**FERNWÄRME MIT GROSSEM POTENZIAL**

Bei Wärmenetzen gibt es nicht nur einen großen Transformationsbedarf, sie bergen auch die Möglichkeit für die Einbindung unterschiedlicher Technologien und damit ein großes Potential für CO<sub>2</sub>-Einsparungen. Zudem bietet die Entwicklung innovativer Systemlösungen neue Exportchancen für die deutsche Industrie.

Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze soll es Wärmeversorgern ermöglichen, bestehende Wärmenetze zu wirtschaftlichen Bedingungen auf erneuerbare Energien und sonst ungenutzte Abwärme umzustellen. Außerdem soll der Neubau von Wärmenetzen mit mindestens 75 % erneuerbarer Wärme und Abwärme unterstützt werden, ebenso die Erweiterung und Verdichtung von bestehenden Wärmenetzen. Versorger sollen neue Gebiete erschließen und bestehende Netze verdichten, indem zusätzliche Gebäude in einem bestehenden Fernwärmegebiet neu angeschlossen werden.

**IN KÜRZE**

Das Förderprogramm soll fairen Wettbewerb zwischen fossiler und erneuerbarer Wärme schaffen.



Der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen (auch als Dekarbonisierung oder Defossilisierung bezeichnet) ist für Wärmenetze ein komplexer Prozess, der langfristig und schrittweise erfolgt. Denn die Wärmeerzeugung, die Fernwärmeleitungen und die Wärmeabnahme (in sanierten und unsanierten Gebäuden) müssen im Einklang stehen und parallel umgebaut werden. Langfristig können Wärmenetze auf niedrigere Temperaturen umgestellt werden. Um den Gebäudebestand so sparsamer beheizen zu können, muss schrittweise energetisch saniert werden. Derzeit bringen große Fernwärmenetze das Heizwasser noch mit einer Temperatur von 90 Grad Celsius und höher zur Hausübergabestation, von der aus die Wärme dann in die Heizungen verteilt wird. In Neubaugebieten sind solche hohen Temperaturen bereits heute nicht mehr nötig.

MINDESTENS

75 %

*klimatefreundliche Wärme sollen neu gebaute Wärmenetze nutzen.*

## KLIMAFREUNDLICHER UMBAU UND NEUBAU DER WÄRMENETZE IM FOKUS

### TRANSFORMATIONSPLÄNE FÜR EINEN UMBAU DER WÄRMENETZE

Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze unterstützt deshalb nicht nur einzelne Wärmeerzeuger, wie zum Beispiel Wärmepumpen oder Heizwerke, die mit nachhaltig angebaute Biomasse gespeist werden, sondern fördert die gesamte Netzumstellung im Zusammenhang. Für neue Wärmenetze finanziert die BEW Machbarkeitsstudien zur Untersuchung, wie ein Netz mit 75 % klimafreundlicher Wärme erfolgreich errichtet und betrieben werden kann. Bestehende Netze fördert die Bundesregierung mit dem Programm Transformationspläne, die den aktuellen Zustand des Fernwärmenetzes analysieren und darstellen, mit welchen Technologien und in welchen Schritten die Wärmebereitstellung über das Wärmenetz bis 2045 vollständig klimaneutral werden kann. —>



## KLIMANEUTRALE WÄRME UND WÄRME- NETZE BIS 2045

### IN KÜRZE

Wärmenetze können aus verschiedenen erneuerbaren Technologien gespeist werden.

Diese Planungen, ob mit oder ohne öffentliche Förderung erstellt, sind die Voraussetzung für die umfassende, systemische Förderung von Investitionen in Wärmenetze durch die BEW. Diese systemische Förderung umfasst die Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien, die Verlegung von Rohrleitungen, die Dämmung, Komponenten wie Mess- und Regelungstechnik, hocheffiziente Pumpen sowie Wärmespeicher. Ergänzend dazu werden auch schnell umsetzbare Einzelmaßnahmen gefördert.

### MIT EINEM TECHNOLOGIEMIX ZUM ZIEL

Für die Umstellung der Wärmenetze auf grüne Energie ist ein Technologiemit erforderlich. Wie die Wärme erzeugt wird, hängt auch von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab: Welche erneuerbaren Wärmequellen sind örtlich gut verfügbar? Wie sieht das bisherige Netz aus, und wie ist der Gebäudebestand vor Ort?

Ein großer Vorteil von Wärmenetzen: In sie können verschiedene erneuerbare Technologien – wie etwa strombetriebene Großwärmepumpen,



BEI NUR

17,5 %

Ilag der Erneuerbaren-Anteil  
an der Fernwärme 2021.

Erdwärme und Solarthermie – in Kombination sowie mit großer Leistung einspeisen und sich im Jahresablauf ergänzen. Das ist wesentlich effizienter als dezentrale Lösungen in einzelnen Häusern und mit deutlich weniger Einschränkungen verbunden, die etwa durch begrenzte Flächen oder Immissionsschutzbedarfe entstehen. Die Nutzung industrieller Abwärme und tiefer Geothermie (Erdwärme aus einer Tiefe von mehr als 400 Metern) ist überhaupt nur durch Wärmenetze möglich. Auch nachhaltig angebaute Biomasse kann eine Rolle in Wärmenetzen spielen.

#### WÄRMEPUMPEN MACHEN UMGEBUNGSWÄRME NUTZBAR

In der (BEW) werden deshalb Investitionen in eine breite Vielfalt von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und unvermeidbarer Abwärme gefördert. Eine besondere Rolle spielen dabei Wärmepumpen, die mit Hilfe von Strom Umgebungswärme etwa aus dem Grundwasser, aus Flüssen und oberflächennahen Erdschichten, aber auch aus tiefer Erdwärme auf ein höheres Temperaturniveau bringen können. Günstig ist auch die Nutzung der Wärme aus Abwasserkanälen oder von Abwärme, die durch Wärmepumpen ebenfalls auf höhere Temperaturen gebracht werden kann. Damit kann Abwärme im Temperaturbereich auch →

## WORTMELDUNG

# „FLEXIBEL FÜR DIE WÄRMEWENDE“

WIE GRÜNE WÄRMENETZE EFFIZIENT UND BEZAHLBAR WERDEN

Wärmenetze sind der Schlüssel für eine bezahlbare Wärmewende und weit oben auf der Agenda für die neue Legislaturperiode. Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze ist ein erster wichtiger Schritt, dem weitere folgen werden.

Bislang ist die überwiegend mit Kohle und Gas gespeiste Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) das Rückgrat der Fernwärme, gefördert über das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Das Problem: KWK wird bislang vorwiegend fossil gespeist. Sie ist eine sinnvolle Technologie zur Erzeugung von Strom und Wärme aus einem Brennstoff. Aber: Strom- und Wärmeerzeugung werden sich grundlegend verändern.

Im Stromsystem der Zukunft wird die KWK nicht mehr die Grundlast liefern, aber die Versorgung absichern. Künftig wird sie vor allem dann gebraucht, wenn Sonne und Wind wetter- und jahreszeitbedingt nicht genug Strom liefern.

Auch für die Wärmeversorgung wird künftig klimaneutrale KWK eine wichtige Rolle spielen. Und sie bekommt Verstärkung durch einen Joker: Eine Schlüsselrolle werden künftig thermische Speicher spielen, die über Tage, Wochen oder gar Monate die Wärme speichern können. Sie können Wärme aus Perioden mit hoher Erzeugung aus erneuerbaren Quellen aufnehmen und in der Heizperiode an die Verbraucher abgeben – das kann Wärme aus Solarthermie, Geothermie oder industrielle Abwärme sein. Dazu können natürliche Wasserspeicher in tieferliegenden Erdschichten (Aquiferspeicher), Erdbeckenspeicher, aber auch klassische, gut isolierte Wärmespeicher dienen.

Wärme aus klimaneutraler KWK und Wärmespeicher werden also künftig für Flexibilität sorgen. Ein Muss sind deshalb ein schneller Rollout der Schlüsseltechnologie Wärmespeicher und ein gesetzlicher Rahmen, der Hürden für klimaneutrale Wärmenetze abbaut.



**CHRISTIAN MAASS**

Leiter der Abteilung Energiepolitik - Wärme und Effizienz im BMWK

JEWEILS RUND

# 500

MILLIONEN  
EURO

an Investitionen sind für die Dekarbonisierung der großen Fernwärmenetze nötig.

## SCHLAUE LÖSUNGEN ZUR NUTZUNG ERNEUERBARER ENERGIEN KÖNNEN ZUM EXPORTERFOLG WERDEN.

deutlich unterhalb von 100 Grad Celsius, etwa aus der Lebensmittelproduktion, Spül- und Kühlungsprozessen für die Fernwärme nutzbar gemacht werden. Wärmepumpen werden daher absehbar in vielen Transformationsvorhaben zum Einsatz kommen. Weil Wärmepumpen durch den Strombezug erhebliche laufende Kosten haben, sollen sie, ebenso wie auch die Solarthermie, in der BEW eine Betriebskostenförderung erhalten.

### WICHTIGES ELEMENT: SPEICHER ZUR FLEXIBILISIERUNG

Erzeugung und Verbrauch können in Wärmenetzen zeitlich entkoppelt werden: Große, saisonale Wärmespeicher können auch außerhalb der Heizsaison Wärme aufnehmen, beispielsweise aus Sonnenenergie, und in der kalten Jahreszeit wieder ins Wärmenetz abgeben, wenn sie benötigt wird. Diese saisonalen Wärmespeicher sind ein wichtiges Element zur Flexibilisierung und werden durch die BEW mit Investitionskostenzuschüssen gefördert.

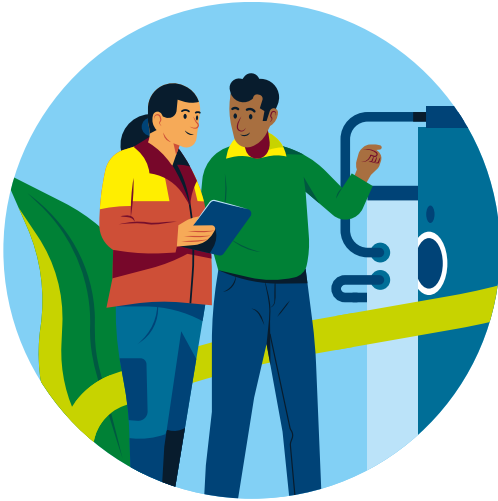
#### IN KÜRZE

Saisonale Wärmespeicher sollen die Wärmebereitstellung und -nutzung flexibler machen.

#### NOTWENDIGER FERNWÄRMENAUSBAU & WÄRMEPLANUNG

*NICHT NUR UMBAU, SONDERN AUSBAU: Damit die Wärmewende gelingt, muss die Fernwärme deutlich mehr Gebäude versorgen als bisher. Warum? Wärmenetze sind ein effizienter Weg zur Dekarbonisierung, und sie sind langfristig nur wirtschaftlich zu betreiben, wenn neue Anschlüsse den sinkenden Wärmebedarf ausgleichen. Fernwärme ermöglicht es, verschiedene klimafreundliche Wärmequellen einzubinden und ist in Städten eine effizientere Form der Wärmeversorgung von Mehrfamilienhäusern als dezentrale Heizungen. Im Koalitionsvertrag bekennen sich die Regierungsparteien zum Ausbau der Wärmenetze. Der Fernwärmeausbau macht diese wichtige Infrastruktur zukunftsfest, wenn mit der steigenden Energieeffizienz von Gebäuden ihr Wärmebedarf sinkt – ganz im Sinne der Energiewende.*

*WO GENAU SOLLTEN WÄRMENETZE AUSGEBAUT WERDEN UND EINE ZENTRALE ROLLE SPIELEN? Dazu kann auch die kommunale Wärmeplanung (KWP) eine langfristige und zukunftssichere Orientierung bieten. Die Länder Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben sie bereits verpflichtend eingeführt, in anderen Bundesländern ist sie noch nicht gleich weit verbreitet. In der KWP wird die Wärmewende vor Ort unter Einbeziehung der lokalen Akteure geplant und umgesetzt. Sie kann angesichts langer Investitionszyklen bei Infrastruktur, Gebäuden und Wärmeerzeugung den Weg weisen, wie sich die örtliche Energieversorgung klimaneutral, wirtschaftlich und zukunftssicher entwickeln soll. Als bundesweite Anlaufstelle für Kommunen zum Thema hat die Bundesregierung zum Jahresanfang das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) in Halle (Saale) gegründet.*



## KLIMAFREUNDLICHE WÄRMENETZE SIND EIN WICHTIGER BAUSTEIN FÜR DIE ENERGIEWENDE IN DER INDUSTRIE.

Die BEW zielt aber nicht nur auf die großen Fernwärmenetze. Antragsberechtigt werden auch eingetragene Vereine, Genossenschaften und Kommunen sein. Je nach lokal verfügbaren Ressourcen können beispielsweise im ländlichen Raum durch die Förderung auch sogenannte Bioenergiedörfer entstehen, in denen etwa die Verbrennung land- und forstwirtschaftlicher Reststoffe ein örtliches Wärmenetz speist.

### GRÜNER INVESTITIONSTURBO FÜR DIE VOLKSWIRTSCHAFT

Neben dem Beitrag zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele bietet die BEW auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen: Mit den eingesetzten Fördermitteln kann die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze Investitionen in Milliardenhöhe anstoßen. Schätzungen gehen davon aus, dass für die Dekarbonisierung der großen Fernwärmenetze Investitionen von jeweils rund 500 Millionen Euro erforderlich sind. Große Investitionen in Wärmenetze, die durch staatliche Förderung unter-

stützt werden, stärken Wachstum und Beschäftigung. Außerdem können gerade technologisch hochwertige systemische Lösungen zur Nutzung erneuerbarer Energien zum Exporterfolg werden, weil deutsche Unternehmen hier ihren Vorsprung durch Fachkräfte und Innovationen einbringen können. Die Transformation der Wärmenetze ist ein wichtiger Baustein einer umfassenden Transformation der Wirtschaft hin zur CO<sub>2</sub>-Neutralität. Sie trägt durch die Nachfrage nach klimafreundlichen Technologien dazu bei, industrielle Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern.

Klar ist dabei auch, dass gerade Wärmepreise sozial verträglich bleiben müssen. Dazu kann der durch Förderung angeschobene Um- und Ausbau der Fernwärme zusammen mit einem modernisierten rechtlichen Rahmen für die Wärmenetze einen wichtigen Beitrag leisten. —

### IN KÜRZE

Fernwärme ermöglicht die Einbindung verschiedener klimafreundlicher Wärmequellen.

### MEHR ZUM THEMA

Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende  
 ► [t1p.de/kommunale-waermewende](https://t1p.de/kommunale-waermewende)

NINA LEPSIUS  
 Referat: Wärmewende und Sektorkopplung

[schlaglichter@bmwi.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwi.bund.de)



AUF EINEN BLICK

# NACHHALTIGE FINANZIERUNG FÜR SICHERE ENTSORGUNG

Ende 2022 gehen die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz. Zur Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Abfalls wurde Deutschlands erster Staatsfonds gegründet: der KENFO<sup>1</sup>. Das Stiftungskapital stammt von den Kraftwerksbetreibern.

Das Stiftungsvermögen wird weltweit in ein breites Portfolio aus Aktien, Anleihen und illiquiden Vermögenswerten angelegt. Dabei hat sich KENFO als erster Staatsfonds verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen seiner Kapitalanlagen bis 2050 auf netto Null zu reduzieren.

<sup>1</sup> Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung



## Null CO<sub>2</sub>

Emissionen soll das Kapital im Jahr 2050 verursachen.

Über  
**25 Mrd. €**  
beträgt das aktuelle  
Stiftungsvermögen.

Fast  
**2,4 Mrd. €**  
Mrd. Euro wurden für  
die kerntechnische  
Entsorgung ausgezahlt.

**3,7 %**  
beträgt derzeit die Ziel-  
rendite, um die Entsorgung  
finanzieren zu können.

**+8,6 %**  
ist die Kapitalanlage seit  
Gründung pro Jahr gestiegen.

Quelle: BMWK, Angaben per 31.12.2021

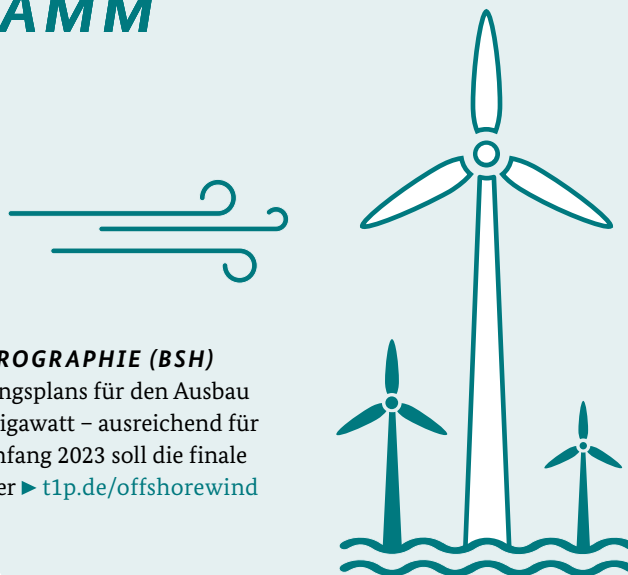


# TELEGRAMM

## ENERGIEWENDE

### ZUSÄTZLICHE FLÄCHEN FÜR WINDENERGIE GEPLANT

**DAS BUNDESAMT FÜR SEESCHIFFFAHRT UND HYDROGRAPHIE (BSH)** hat das Verfahren zur Fortschreibung des Flächenentwicklungsplans für den Ausbau der Offshore-Windenergieflächen in der Nordsee um drei Gigawatt – ausreichend für knapp drei Mio. Haushalte – offiziell gestartet. Spätestens Anfang 2023 soll die finale Fassung des Entwurfs vorliegen. Nähere Informationen unter ► [t1p.de/offshorewind](https://t1p.de/offshorewind)



## WASSERSTOFF

### BMWK FÖRdert DAS PROJEKT H2GLOBAL

**DAS BMWK HAT 900 MILLIONEN EURO** für das innovative Förderinstrument H2Global bewilligt. Ziel des Projekts ist es, den internationalen Markthochlauf von grünem Wasserstoff voranzubringen und hierfür sogenannte Doppelauktionsverfahren zu nutzen. Das bedeutet, dass Wasserstoff oder Wasserstoffderivate günstig auf dem Weltmarkt eingekauft und in der EU meistbietend verkauft werden. Die ersten Abnahmeverträge im Rahmen von H2Global sollen bereits in diesem Jahr geschlossen werden. Weitere Informationen finden sich unter ► [www.h2-global.de](https://www.h2-global.de)



## KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

### VIER NEUE MODELLPROJEKTE

**IN VIER WICHTIGEN DEUTSCHEN KI-REGIO-NEN – HAMBURG, MÜNCHEN, DARMSTADT UND BERLIN** – ist je ein Modellprojekt gestartet, das über das EXIST-Förderprogramm des BMWK finanziert wird. Das Programm fördert innovative Gründungsvorhaben im High-Tech-Bereich an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland. Ziel aller gestarteten Projekte ist es, die Förderung von KI-Startups auf ein neues Niveau zu heben – denn KI ist ein aktueller wissenschaftlicher und technologischer Trend, bei dem die Weichen für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung gestellt werden. Mehr Informationen finden sich unter ► [www.exist.de](https://www.exist.de)

## RAUMFAHRT

### GRÖSSTES WELTRAUM-TELESKOP GESTARTET

**VOM EUROPÄISCHEN WELTRAUMBAHN-HOF IN KOUROU (FRANZÖSISCH-GUYANA)** ist das James Webb Space Telescope (JWST), das bisher größte Weltraumteleskop, ins All gestartet. An der Entwicklung von zwei der vier Instrumente des Teleskops waren deutsche Forschungseinrichtungen und Unternehmen maßgeblich beteiligt – gefördert durch das BMWK mit knapp 117 Mio. Euro. Weitere Informationen hierzu unter ► [www.dlr.de/GermanSpaceAgency](https://www.dlr.de/GermanSpaceAgency)

## IMPfstoffHERSTELLUNG

### FÖRDERUNG FÜR SPEZIALLIPIDE

**DAS BMWK FÖRdert AB SOFORT** die Herstellung von Speziallipiden. Diese Fettstoffe sind zentraler Baustein für die Herstellung von mRNA-Impfstoffen. Die Förderung erfolgt in drei Modulen: Das erste fördert kurzfristig die Verbesserung und den Ausbau vorhandener Produktionskapazitäten. Mittel- bis langfristig werden Projekte für die Entwicklung von Herstellungsverfahren und für die Forschung und Entwicklung vollkommen neuer Speziallipide und Hilfsstoffe gefördert. Mehr Informationen stehen auf ► [www.bmwk.de/pandemiebekämpfung](https://www.bmwk.de/pandemiebekämpfung) zur Verfügung.



# FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT



# MEHR GRÜNDERINNEN FÜR DEUTSCHLAND

**EXIST-PROGRAMM DES BMWK PLANT ANPASSUNGEN DER FÖRDERRICHTLINIEN, UM NOCH MEHR FRAUEN ZUM GRÜNDEN ZU ERMUTIGEN UND ZU UNTERSTÜTZEN.**

Die Förderung von Frauen und die Familienfreundlichkeit des Förderprogramms EXIST - Existenzgründungen aus der Wissenschaft waren dem BMWK schon immer ein Anliegen. In den letzten 25 Jahren hat das Ministerium die Förderrichtlinien und die Betreuung des Programms schrittweise angepasst, um den Anteil von Gründerinnen an den Start-up-Teams zu erhöhen.

Seit dem Start des EXIST-Gründerstipendiums im Jahr 2007 lag der jährliche Anteil von Frauen an den Stipendiaten zwischen neun und 15 % – 2015 wurde einmalig ein Anteil von 18 % erreicht, der danach wieder auf das Vorniveau fiel. Einer der Gründe für den geringeren Frauenanteil war, dass damals der Anteil von Frauen an den Studierenden in den sogenannten MINT-Fächern ebenfalls gering war. Seit 2018 ist allerdings ein jährlicher Anstieg des Frauenanteils von 13 % auf 16 % im Jahr 2019, von 19 % im Jahr 2020 und von nunmehr 21 % im letzten Jahr zu verzeichnen. Dies mag auch daran liegen, dass der Frauenanteil in den MINT-Fächern mittlerweile bei rund 30 % liegt.

Daher konnten in den vergangenen Jahren auch immer öfter Erfolge weiblicher Gründerteams wie bei der „elena international GmbH“ verzeichnet werden. Die beiden Gründerinnen Christina Vogel und Dr. Sabine Auer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung gründeten mit

# 2021

lag der Anteil von Gründerinnen im EXIST-Gründerstipendium bei 21 %.

Unterstützung von Humboldt-Innovation Berlin ein Start-up, das für Netzbetreiber und Energieversorger die Nutzung von Erneuerbaren Energien einfacher gestaltet.

Diese positive Entwicklung wurde auch von den externen Evaluatoren des EXIST-Förderprogramms, Ramboll Management Consulting, gewürdigt, die im Frühjahr 2021 der EXIST-Förderung eine überdurchschnittliche Frauenquote attestierten. Um noch mehr Frauen zu gewinnen, empfehlen die Evaluatoren jedoch weitere Anpassungen der Förderbedingungen. Insbesondere sollen diese familiengerechter gestaltet werden, um besonders Frauen in Familienverantwortung fördern zu können. So soll es zum Beispiel zukünftig möglich sein, Ausgründungsvorhaben zu verlängern, wenn weibliche Teammitglieder Nachwuchs bekommen. Der Kinderzuschlag für die Betreuungskosten von Eltern in den Fördervorhaben soll ebenfalls erhöht werden. —>

## IN KÜRZE

Die Förderbedingungen des EXIST-Programms sollen noch familienfreundlicher werden.

## DAS EXIST-FÖRDER-PROGRAMM BRINGT BESONDERS VIELE GRÜNDERINNEN ZUSAMMEN.



Weibliche Rollenvorbilder und eine stärker gendersensible Sprache sollten ebenfalls genutzt werden, um die Ansprache von gründungswilligen Frauen zu verbessern. In diesem Sinne sollte auch stärker die laufende BMWK-Hochschulförderung EXIST-Potentiale genutzt werden, um vor Ort Strategien für mehr Gründerinnen in wissenschaftlichen Einrichtungen zu entwickeln.

Dabei ist der Erfahrungsaustausch zwischen den über 200 Hochschulen im EXIST-Netzwerk von zentraler Bedeutung. Daher organisierte der für die Programmumsetzung verantwortliche Projektträger Jülich Anfang Dezember 2021 einen EXIST-Online-Workshop für 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hochschulen und deren Gründungsnetzwerken zum Thema „Empowering Women Entrepreneurs“.

Prof. Dr. Heike Marita Hölzner von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin eröffnete die Vortragsreihe mit einem Impulsvortrag zur Rolle des Mindsets in der Gründerinnensensibilisierung und -förderung. Im Anschluss stellten Ulrike Machalett-Gehring und Monika Waschik von

der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt (FHWS) sowie Dr. Susanne Schübel und Isabel Schulze vom Hochschulverbund SAXEED ihre Konzepte für eine gründerinnenorientierte Ansprache vor. Die FHWS bietet zum Beispiel spezielle Formate für Gründerinnen wie den Nationalen Aktionstag „Nachfolge ist weiblich“ der bundesweiten „gründerinnenagentur (bga)“ an, um Frauen für Existenzgründungen zu begeistern. Darüber hinaus bietet die FHWS mit dem Safe Space eine Ideenwerkstatt mit Labor und Maschinen nur für Frauen an. Der Hochschulverbund SAXEED hat das Gründerinnenprogramm FOUNDress ins Leben gerufen. Das mehrmonatige Programm unterstützt Gründerinnen bei der (Weiter-)Entwicklung ihrer Gründungspersönlichkeit.

### IN KÜRZE

Hochschulförderung, Online-Workshops, Aktionstage – die Angebote für Gründerinnen sind vielfältig.



MEHR ALS **200**

Hochschulen sind über das EXIST-Programm für Gründerinnen und Gründer miteinander vernetzt.

Im Rahmen der EXIST-Veranstaltung stellten die Vertreterinnen und Vertreter des BMWK außerdem den Diskussionstand der geplanten Überarbeitung der beiden Förderrichtlinien für EXIST-Gründertipendium und EXIST-Forschungstransfer vor, welche auf positives Echo stieß. Die Überarbeitung der Richtlinien wird derzeit vom zuständigen Fachreferat insbesondere mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) abgestimmt, der die beiden Förderlinien kofinanziert. Eine Veröffentlichung der Neufassungen ist für das zweite Quartal 2022 geplant.

Die Gewinnung von Frauen für die Perspektive einer Selbständigkeit und die Gründung eines innovativen Start-ups ist und bleibt eine langfristige Aufgabe, die nicht allein über die rechtlichen Rahmenbedingungen gelöst werden kann. Vielmehr muss es gelingen, die Gründungskultur an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor Ort weiterzuentwickeln. Gründerinnen müssen hier die Bedingungen und die Unterstützung vorfinden, die sie motivieren und die sie konkret benötigen. Durch sein Netzwerk von über 200 Hochschulen und die jahrelange Erfahrung mit heute erfolgreichen, von Frauen gegründeten Start-ups kann das EXIST-Programm einen wichtigen Beitrag dazu leisten, mehr Gründerinnen für Deutschland zu gewinnen. —

**KONTAKT**

DR. STEFAN DREWS  
 Referat: Inlandsbürgschaften, innovative Gründungen,  
 Internationalisierung der Start-up-Finanzierung

[schlaglichter@bmwi.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwi.bund.de)

**BEST OF SOCIAL MEDIA**

**AUF TWITTER**



**#HABECK**  
 Robert Habeck gab sein Antrittsinterview als Minister für Wirtschaft und Klimaschutz.

**AUF LINKEDIN**



**#ENERGIEWENDE**  
 Die Ausweisung neuer Flächen für Windenergie auf See bringt zusätzlichen Rückenwind für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

**AUF FACEBOOK**



**#NEUSTARTHILFE**  
 Schnelle Planungssicherheit zur Neustarthilfe für Soloselbständige: Ein Onlinerechner hilft bei der Berechnung möglicher Rückzahlungen.

# BMWK AKTIV



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Klimaschutz

**BIÖKONOMIE**  
NATÜRLICH WIRTSCHAFTEN.



**Industriestandort Deutschland  
stärken und nachhaltig gestalten**

Dialogplattform Industrielle Bioökonomie

# SCHNELLER VOM LABOR IN DIE PRAXIS

## DAS BMWK FÖRdert JETZT AUCH BEISPIELREGIONEN DER INDUSTRIELLEN BIOÖKONOMIE

Seit Jahren werden in deutschen Laboren erfolgreich Ideen entwickelt, um auf fossilen Rohstoffen basierende Produkte und Prozesse durch biobasierte ersetzen zu können und so CO<sub>2</sub> Emissionen einzusparen. Beispielsweise kann biologisch abbaubares Bioplastik aus Reststoffen wie Stroh hergestellt werden.

Was im Labor bereits erprobt ist, muss jedoch noch hochskaliert werden. Um den Transfer biobasierter Produkte und Verfahren in die industrielle Praxis zu unterstützen, hat das BMWK das Förderprogramm industrielle Bioökonomie ins Leben gerufen.

### Das Förderprogramm besteht aus drei Bausteinen:

- Seit dem vergangenen Jahr können Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie in Ausnahmefällen Großunternehmen mit **Baustein A** gefördert werden, wenn sie existierende öffentliche oder private Multi-Purpose-Anlagen dazu nutzen, ihre eigenen Verfahren weiterzuentwickeln.
- **Baustein B** dient der Förderung gewerblicher Unternehmen bei der Durchführung vorbereitender Tätigkeiten zur Errichtung unternehmenseigener Single-Purpose-Anlagen der industriellen Bioökonomie.
- Im Dezember 2021 wurde die Förderrichtlinie um einen **Baustein C** erweitert, mit dem Unternehmensverbände dabei unterstützt werden sollen, neue, skalierte biobasierte Produkte und Verfahren weiterzuentwickeln und in regionale industrielle Wertschöpfungsnetze zu integrieren.

**BIS 2045 SOLL DIE INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND KLIMANEUTRAL UND NACHHALTIG PRODUZIEREN.**

### KURZ ERKLÄRT

Die technische Ausgestaltung von **Multi-Purpose-Anlagen**, zum Beispiel zur Fermentation, Biokatalyse und Biotransformation, ist so flexibel und universell, dass sie für unterschiedliche Prozesse eingesetzt werden können. **Single-Purpose-Anlagen**, zum Beispiel zur Fermentation von Stroh zu L-Milchsäure, hingegen sind so spezifisch gestaltet, dass sie nur für einen spezifischen Prozess oder nur für den Zweck eines einzelnen Unternehmens genutzt werden können.

Eine **Beispielregion der industriellen Bioökonomie** verfügt über Industrieunternehmen, biobasierte Rohstoffe, Forschungseinrichtungen, sonstige Infrastruktur, Cluster und eine Strategie, um die industrielle Bioökonomie und damit die Transformation der Industrie voranzutreiben.

Das geschieht meist in sogenannten Beispielregionen. Damit wird auch der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag 2021, die regionale Transformation zu unterstützen, adressiert. Gefördert werden unter anderen Beratungsdienste, Transfermaßnahmen, Innovationscluster und Register. Dieser Förderbaustein richtet sich an Managementeinrichtungen und Verbände entlang regionaler industrieller Wertschöpfungsketten sowie Großunternehmen, insbesondere im Verbund mit KMU.

Projektskizzen für alle drei Bausteine können jeweils zum 1. März und zum 30. Juni eines Jahres eingereicht werden. —

### IN KÜRZE

Die Förderung bringt bioökonomische Produkte und Verfahren in die industrielle Praxis.

### MEHR ZUM THEMA

BMWK-Dossier „Förderprogramm industrielle Bioökonomie“ ► [www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/industrielle-biooekonomie.html](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/industrielle-biooekonomie.html)

Richtlinie zur Förderung der Nutzung und des Baus von Demonstrationsanlagen und von Beispielregionen für die industrielle Bioökonomie  
► [t1p.de/richtlinie-demonstrationsanlagen](http://t1p.de/richtlinie-demonstrationsanlagen)

#### KONTAKT

LARA ESSIG

Referat: Bioökonomie, biobasierte Rohstoffe, Biotech- und Lebensmittelindustrie

[schlaglichter@bmwi.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwi.bund.de)

# JAHRESWIRTSCHAFTS- BERICHT 2022: TRANSFORMATION INNOVATIV GESTALTEN

*WIE DER AUFBRUCH IN EIN JAHRZEHNT DER  
ZUKUNFTSINVESTITIONEN GELINGEN KANN*



Das Bundeskabinett hat am 26. Januar den Jahreswirtschaftsbericht 2022 beschlossen. Im Jahr 2022 wird die Wirtschaft wieder merklich an Fahrt aufnehmen, sofern der weitere Pandemieverlauf dies zulässt. Die Bundesregierung legt dar, wie sie die Soziale zur Sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterentwickeln wird. Alternative Wohlstandsindikatoren jenseits des Bruttoinlandsprodukts werden dabei verstärkt einbezogen.

**PANDEMIEGESCHEHEN BEEINFLUSST WEITER WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG**

Für das Gesamtjahr 2022 erwartet die Bundesregierung eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 3,6%. Der Einstieg in das Jahr fällt dabei durch die Corona-Situation und die entsprechenden Beschränkungen in den Dienstleistungsbereichen noch gedämpft aus. Im weiteren Jahresverlauf sollte die konjunkturelle Erholung nach Abflachung des Infektionsgeschehens und der entsprechenden Rücknahme der Einschränkungen aber wieder merklich an Fahrt gewinnen.

**VON DER SOZIALEN ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN MARKTWIRTSCHAFT**

Eine durch die Pandemie erschwerte Ausgangslage ändert nichts daran, dass langfristige Herausforderungen wie die Transformation zu einer klimaneutralen und insgesamt nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft, die Digitalisierung und die perspektivisch zunehmenden Engpässe bei Fachkräften beschleunigt angegangen werden müssen. Hinzu kommt ein sich veränderndes geopolitisches Umfeld, das nicht nur den bewährten Multilateralismus, sondern auch Deutschland und Europa technologisch und industriell verstärkt herausfordert. Deutschland benötigt eine Wirtschaftspolitik, die es den Unternehmen ermöglicht, auch künftig innovativ und zukunftsfähig zu sein und ihre Stärken weiter auszubauen.

Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist seit Jahrzehnten fester Orientierungspunkt der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es verbindet die soziale Sicherung der Bürgerinnen und Bürger mit den Potenzialen der freien wirtschaftlichen Entfaltung und des Wettbewerbs. —>

**IN KÜRZE**

Im weiteren Jahresverlauf sollte die konjunkturelle Erholung wieder Fahrt aufnehmen.

<b>AUSGEWÄHLTE ECKWERTE DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND<sup>1</sup></b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>Jahresprojektion 2022</b>
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben</i>			
<b>ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)</b>			
BIP (preisbereinigt)	-4,6	2,7	<b>3,6</b>
Erwerbstätige (im Inland)	-0,8	0,0	<b>0,9</b>
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) <sup>2</sup>	5,9	5,7	<b>5,1</b>
<b>VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)</b>			
Private Haushalte und prov. Organisationen ohne Erwerbszweck	-5,9	0,0	<b>6,0</b>
Ausrüstung	-11,2	3,2	<b>4,1</b>
Bauten	2,5	0,5	<b>1,0</b>
Inlandsnachfrage	-4,0	1,9	<b>3,9</b>
Exporte	-9,3	9,4	<b>5,5</b>
Importe	-8,6	8,6	<b>6,3</b>
Außenbeitrag (Impuls) <sup>3</sup>	-0,8	0,9	<b>0,0</b>
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	-0,1	3,2	<b>3,7</b>

1) Bis 2021 Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2022;  
 2) Bezogen auf alle Erwerbspersonen;  
 3) Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in % des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

**FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT**

Die Gesamtbilanz der Sozialen Marktwirtschaft ist eindeutig positiv: Das Wirtschaftsmodell hat maßgeblich zu hoher Lebensqualität großer Bevölkerungsteile in Deutschland, aber auch in anderen Demokratien beigetragen.

Doch angesichts der Zuspitzung der Klimakrise sowie des Biodiversitätsverlusts bedarf es eines angepassten Leitbildes im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells, das die planetaren Grenzen umfassend berücksichtigt. **Eine solche Weiterentwicklung umfasst insbesondere drei Elemente:**

- Die Wirtschaftsordnung muss die Interessen künftiger Generationen systematisch berücksichtigen. Finanzpolitisch wird dies durch die grundgesetzliche Schuldenregel gewährleistet, die sich in der Krise als ausreichend flexibel erwiesen hat. Hinsichtlich der ökologischen Dimension erhielten die langfristigen Folgen des Wirtschaftens bis zuletzt jedoch zu wenig Aufmerksamkeit.
- Es bedarf einer Neugewichtung der wirtschaftspolitischen Schwerpunkte. Hierzu gilt es, Möglichkeiten einer erweiterten Wohlfahrtsmessung jenseits klassischer wirtschaftspolitischer Kennzahlen, wie dem Bruttoinlandsprodukt, aufzugreifen. Dies verbessert die Grundlage für eine offene und faktenbasierte gesellschaftliche Diskussion über die relative Bedeutung unterschiedlicher Dimensionen von Wohlfahrt.
- Nicht zuletzt ist eine evidenzbasierte Wirtschaftspolitik erforderlich, die es ermöglicht, Alternativen auf einer breiten Daten- und Erfahrungsbasis abzuwägen und transparente Entscheidungen herbeizuführen.

## DIE WIRTSCHAFTSORDNUNG MUSS DIE INTERESSEN KÜNFTIGER GENERATIONEN SYSTEMATISCH BERÜCKSICHTIGEN.

### WARUM DEUTSCHLAND BEIM KLIMASCHUTZ AMBITIONIERT VORANSCHREITET

Obwohl Deutschland aufgrund seines überschaubaren Anteils an den weltweiten Treibhausgas-Emissionen einen relativ geringen direkten Einfluss auf die weitere Entwicklung des Klimawandels hat, erachtet die Bundesregierung ein ambitioniertes Voranschreiten Deutschlands beim Klimaschutz als zwingend erforderlich.

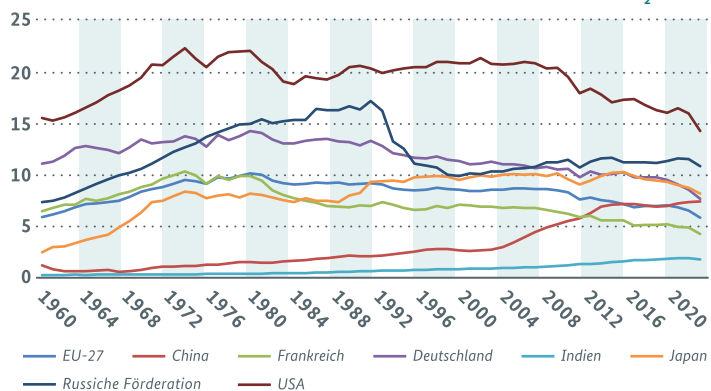
Zum einen gibt es rechtliche Verpflichtungen hierzu – insbesondere durch das Übereinkommen von Paris, die Klimaziele der Europäischen Union sowie durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 mit weitreichenden nationalen Anforderungen für eine umfassende und zeitnahe Transformation der Wirtschaft. Zum anderen sieht die Bundesregierung eine globale Verantwortung Deutschlands im Hinblick auf die Bekämpfung des Klimawandels. Im Jahr 2020 lagen die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf in Deutschland (Abbildung 1) mit 7,7 Tonnen weiterhin deutlich sowohl über dem Schnitt der EU-27 (5,8 Tonnen) als auch über dem der gesamten Erdbevölkerung (unter 5 Tonnen).

Darüber hinaus ist die Bundesregierung überzeugt, dass der Aufbruch Deutschlands zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft bereits in wenigen Jahren Innovationen hervorbringen wird, die maßgeblichen Einfluss auf die Möglichkeiten weltweit haben werden, klimaneutral und nachhaltig zu leben und zu wirtschaften. Gerade dies bietet Unternehmen in Deutschland als High-Tech-Standort mit einer exzellenten Forschung und einer modernen industriellen Basis beste Voraussetzungen, gewichtige neue Märkte zu entwickeln und zu erobern.

#### IN KÜRZE

Der Weg zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft wird Innovationen für Klimaneutralität weltweit hervorbringen.

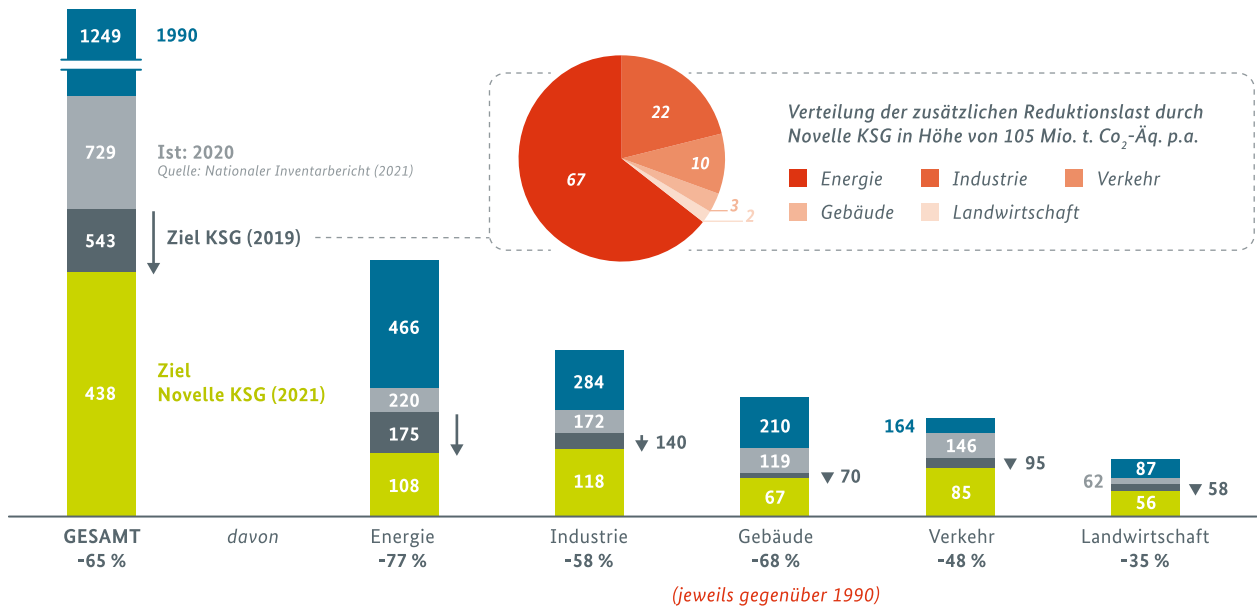
ABBILDUNG 1: PRO-KOPF-EMISSIONEN (IN TONNEN CO<sub>2</sub>)



Quelle: Global Carbon Project

**ABBILDUNG 2: TREIBHAUSGASREDUKTIONSZIELE DES KSG FÜR DAS JAHR 2030**

nach Sektoren\* in Mio. t. CO<sub>2</sub>-Äq. p.a.



Quelle: BMW auf Basis von Umweltbundesamt (2022) und Klimaschutzgesetz (KSG).

\* ohne Abfallsektor

**KLIMASCHUTZ GLOBAL VORANBRINGEN UND NATIONAL KONSEQUENT UMSETZEN**

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass Klimaschutz als globale Herausforderung zwingend auch einer globalen Kooperation bedarf. Sie strebt daher ein globales Emissionshandelssystem an, das mittelfristig zu einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis führt.

Um den internationalen Klimaschutz voranzubringen, wird die Bundesregierung eine kohärente Klimaaußenpolitik betreiben. Es gilt, die Europäische Union und internationale Gremien gemeinsam mit europäischen Partnern für eine Initiative zur Gründung eines für alle Staaten kooperativen und offenen internationalen Klimaklubs mit einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis und einem gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich zu nutzen. Die Bundesregierung unterstützt zudem die europäischen Klimaziele nachdrücklich und wird die Verhandlungen über das Legislativpaket zu deren Erreichung („Fit-for-55-Paket“) konstruktiv mitgestalten.

Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) setzt den zentralen rechtlichen Rahmen für die Klimaschutzpolitik in Deutschland. Das KSG legt neben nationalen Klimaschutzziele von mindestens minus 65 % bis 2030, minus 88 % bis 2040 (jeweils

ggü. 1990) sowie Treibhausgasneutralität bis 2045 zulässige Jahresemissionsmengen für die einzelnen Sektoren fest (Abbildung 2).

Die Bundesregierung wird das KSG konsequent fortentwickeln und in einem Klimaschutz-Sofortprogramm bis Ende 2022 alle hierfür notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen auf den Weg bringen. Die Einhaltung der Klimaziele soll anhand einer sektorübergreifenden – und analog zum Übereinkommen von Paris – mehrjährigen Gesamtrechnung überprüft werden.

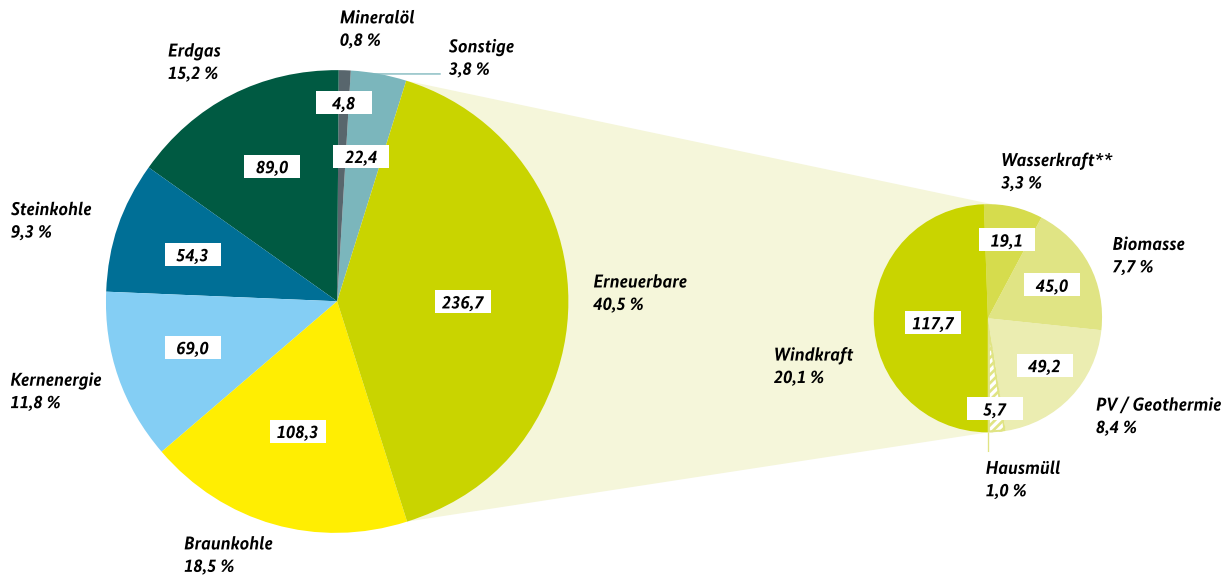
**ERNEUERBARE ENERGIEN MASSIV AUSBAUEN, KOHLE- UND ATOMASSTIEG VOLLENDEN**

Der Energiesektor wird auch in Zukunft die größte Emissionsreduktion erbringen müssen. 2030 sollen 80 % aus erneuerbaren Energien stammen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen der Ausbau deutlich über dem Niveau der vergangenen Jahre liegen (Abbildung 3) und die Ausbaumengen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) dynamisch angepasst werden. Auch der Ausbau der Stromnetze ist zentral, um den aufgrund der Sektorenkopplung (insbes. Industrie, Elektrofahrzeuge und Wärmepumpen) steigenden Strombedarf auch über weite Strecken vom Ort der Erzeugung zu den Verbrauchsschwerpunkten zu decken. Alle bestehenden Hemmnisse und Hürden sollen →

**IN KÜRZE**

2030 sollen 80 % der verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energien stammen.

ABBILDUNG 3: BRUTTOSTROMERZEUGUNG IN DEUTSCHLAND 2021 IN TERAWATTSTUNDEN (TWH)\*



Quelle: AG Energiebilanzen, Stand Dezember 2021

Geothermie aufgrund der geringen Menge in Photovoltaik (PV) \*vorläufig \*\*regenerativer Anteil

abgebaut, Planungs- und Genehmigungsverfahren stark beschleunigt und die erforderlichen Flächen verfügbar gemacht werden. Bei der Schutzgüterabwägung soll es einen bis zum Erreichen der Klimaneutralität zeitlich befristeten Vorrang für Erneuerbare Energien geben. Der Kohleausstieg wird in Deutschland idealerweise bereits bis 2030 vollzogen sein. Die im Kohleausstiegsgesetz vorgesehene Prüfung, ob die Zeitpunkte für die Stilllegung von Kraftwerken, die ab 2030 vorgesehen sind, vorgezogen werden können, soll dafür von 2026 auf 2022 vorgezogen werden. Ende 2022 werden die letzten Kernkraftwerke in Deutschland außer Betrieb genommen.

### INDUSTRIE ALS INNOVATIONSTREIBER NACHHALTIG STÄRKEN

In der deutschen Industrie gilt es, Anreize für effiziente Investitionen in treibhausgasarme beziehungsweise perspektivisch treibhausgasneutrale Prozesse zu setzen und dabei zugleich Fehlinvestitionen (Lock-Ins) zu vermeiden.

Je glaubhaft höher der CO<sub>2</sub>-Preis in der Zukunft ist, desto unrentabler sind Investitionen in CO<sub>2</sub> freisetzende Prozesse. Unter anderem wegen der verbliebenen Unsicherheit über die zukünftige

Preisentwicklung ist es vorübergehend notwendig, Investitionen der Industrie in klimafreundlichere Prozesse umfassend zu fördern, etwa über so genannte Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference, CCfD). Dadurch wird es beispielsweise der Stahlindustrie wie auch anderen Branchen ermöglicht, bereits bis 2030 substanzielle Treibhausgaseinsparungen zu erzielen, ohne wirtschaftliche Nachteile zu erleiden.

### ERNEUERBARE WÄRME NUTZEN, GEBÄUDE ENERGETISCH SANIEREN

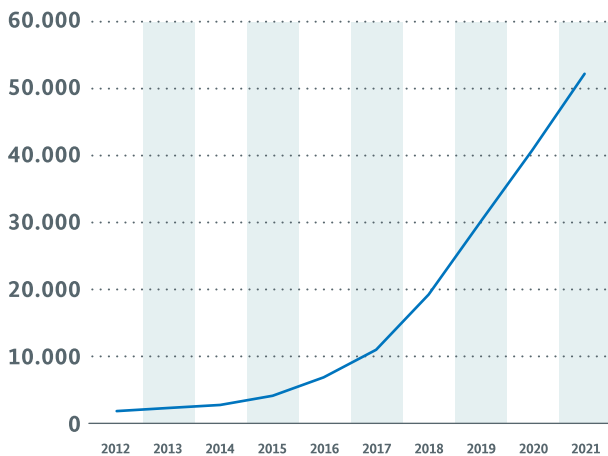
Bis zum Jahr 2045 soll die gesamte Wärmeversorgung treibhausgasneutral erfolgen. Die Bundesregierung setzt sich für eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung und den Ausbau der Wärmenetze ein und strebt bis 2030 mit 50 % einen sehr hohen Anteil erneuerbarer Energien bei der Wärme an. Rund zwei Drittel des Energiebedarfs im Wärmesektor entfallen auf den Gebäudereich (ein Drittel auf Prozesswärme in Wirtschaft und Industrie). Das Gebäudeenergiegesetz soll geändert werden: Insbesondere soll bis zum 1. Januar 2025 jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von mindestens 65 % erneuerbarer Energien betrieben werden.

### IN KÜRZE

Bis 2045 soll die gesamte Wärmeversorgung in Deutschland treibhausgasneutral erfolgen.



**ABBILDUNG 4: ENTWICKLUNG DER LADESÄULENINFRASTRUKTUR IN DEUTSCHLAND**



Quelle: Bundesnetzagentur

### MOBILITÄT BESCHLEUNIGT KLIMAFREUNDLICH GESTALTEN

Die CO<sub>2</sub>-Minderungen im Verkehr sollen durch ein Maßnahmenbündel aus unter anderem aus Verkehrsverlagerung, Förderung und Anreizen in Verbindung mit einer Bepreisung von CO<sub>2</sub> erreicht werden. Im Vordergrund stehen die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Schienenverkehrs, eine weitgehende Dekarbonisierung der Kraftstoffe und Antriebe, neue Technologien sowie der Abbau klimaschädlicher Subventionen.

Deutschland soll Leitmarkt für Elektromobilität werden. Auf Deutschlands Straßen sollen bis 2030 mindestens 15 Millionen vollelektrische PKWs fahren. Der Umweltbonus (Kaufprämie für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben) wird bis Ende 2025 gezahlt, die zusätzliche Innovationsprämie (Verdopplung des staatlichen Anteils für die Förderung) gilt noch bis Ende 2022. Ab 2023 will die Bundesregierung nur noch Elektrofahrzeuge fördern, die nachweislich einen positiven Klimaschutzeffekt haben.

Der beschleunigte Ausbau einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ist eine entscheidende Voraussetzung, damit der Umstieg auf die klimafreundliche Elektromobilität gelingen kann (Abbildung 4). Ziel ist, eine Million öffentlich und diskriminierungsfrei zugängliche Ladepunkte bis 2030 bereitzustellen, mit einem Schwerpunkt auf der Schnellladeinfrastruktur. →



SVEN GIEGOLD

STAATSSSEKRETÄR IM BUNDEMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ

### HERR GIEGOLD, „TRANSFORMATION GESTALTEN“ FORDERT DER JWB 2022 – WO IST DER STRUKTURWANDEL BESONDERS DRINGEND?

*Die langfristigen Herausforderungen sind beachtlich. Vor allem müssen wir die Art, wie wir wirtschaften und leben, in Einklang mit den planetaren Grenzen bringen, sowie Deutschland und Europa auf den Kurs ökologischer Transformation und digitaler Innovationen. Das bedeutet ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen – privat wie öffentlich. Angesichts der demografischen Trends müssen wir nicht zuletzt mehr dafür tun, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen.*

### VON DER „SOZIALEN“ ZUR „SOZIALÖKOLOGISCHEN MARKTWIRTSCHAFT“ – REVOLUTION ODER WEITERENTWICKLUNG?

*Weiterentwicklung – aber tiefgreifend. Revolutionen sind bei Lichte betrachtet ohnehin selten. Die Soziale Marktwirtschaft, die Innovationen, Wettbewerb und sozialen Ausgleich verbindet, hat sich grundsätzlich bewährt. Doch die gewachsene soziale Ungleichheit und mehr noch die Plünderung unseres Planeten verlangen Korrekturen am Ordnungsrahmen, damit wir unsere Erfolgsgeschichte fortschreiben können. Die Zeit ist reif für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft.*

### DER JWB 2022 ENTHÄLT ERSTMALS EIN EIGENSTÄNDIGES KAPITEL MIT EINER ERWEITERTEN WOHLFAHRTSBETRACHTUNG – IST DAS BIP JETZT EGAL?

*Nein, das BIP bleibt ein zentraler Maßstab für in Geld gemessene Produktion. Wichtig ist aber, dass wir uns stärker weitere Indikatoren anschauen, die unsere Lebensqualität bestimmen – so etwa zu Umwelt, Bildung, Sozialem und gleichwertigen Lebensverhältnissen. Mit dem JWB 2022 machen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung. —*

### WASSERSTOFFWIRTSCHAFT AUFBAUEN UND INTERNATIONALE SPITZENPOSITION ERHALTEN

Wasserstoff ermöglicht es, mit Hilfe erneuerbarer Energien die CO<sub>2</sub>-Emissionen vor allem in Industrie und Verkehr deutlich zu verringern. Die Bundesregierung wird die Nationale Wasserstoffstrategie 2022 mit dem Ziel eines schnelleren Markthochlaufs fortschreiben. Angestrebt wird eine Verdoppelung der geplanten Elektrolysekapazität von fünf auf rund zehn Gigawatt im Jahr 2030.

#### IN KÜRZE

Der Markthochlauf für grünen Wasserstoff soll vorankommen und Energie bezahlbar bleiben.

Die Bundesregierung fördert in Deutschland die Produktion von grünem Wasserstoff. Bis zu einer günstigen Versorgung mit grünem, also CO<sub>2</sub>-frei produziertem Wasserstoff, setzt sie auf eine technologieoffene Ausgestaltung der Wasserstoffregulatorik. Im Interesse eines zügigen Markthochlaufs werden zukunftsfähige Technologien auch dann gefördert, wenn die Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff noch nicht ausreichend sichergestellt ist.

Mit der Implementierung des Fördermodells H2Global wird ein wichtiger Schritt für den internationalen Markthochlauf von grünem Wasserstoff gegangen. Über dieses Instrument werden grüner Wasserstoff oder seine Derivate im Ausland mit langfristigen Verträgen angekauft und über jährliche Auktionen im europäischen Binnenmarkt wiederverkauft. Die Bundesregierung unterstützt das Instrument finanziell, um zeitlich befristet die Differenz zwischen Ankaufpreis und Verkaufspreis auszugleichen und einen Anreiz sowohl für den Markthochlauf als auch für die Investitionen in Infrastruktur und Anwendung zu setzen.

VON 5 AUF

10

GIGAWATT

sollen die geplanten Kapazitäten zur Elektrolyse bis 2030 steigen.

### ENERGIE BEZAHLBAR HALTEN UND SOZIALE HÄRTEN VERMEIDEN

Die Klimawende muss sozial gerecht gestaltet werden. Die Bundesregierung setzt auf einen steigenden CO<sub>2</sub>-Preis als wichtiges Klimaschutzinstrument, verbunden mit einem starken sozialen Ausgleich, und wird dabei insbesondere finanz-

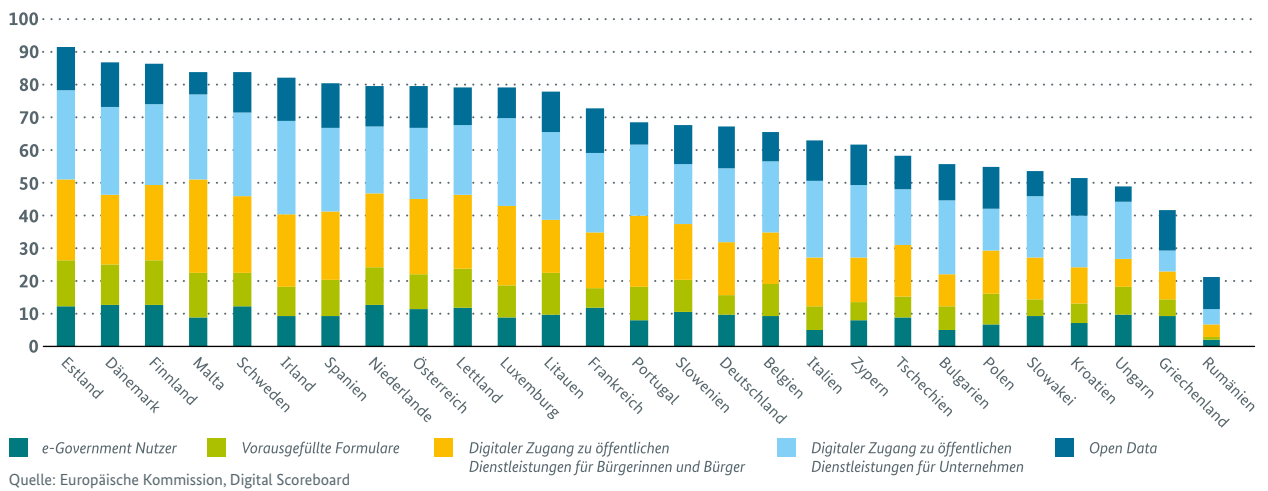
### DIE 2020ER JAHRE SOLLEN ZU EINEM JAHRZEHT DER ZUKUNFTSINVESTITIONEN WERDEN.

oder einkommensschwache Haushalte unterstützen. Um die Bezahlbarkeit von Strom weiter zu gewährleisten sowie Anreize für eine klimaneutrale Wirtschaft und Industrie zu schaffen, wird die Bundesregierung die staatlich induzierten Preisbestandteile im Energiesektor grundlegend reformieren. Sie wird die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis ab dem Jahr 2023 beenden und hierfür stattdessen Mittel aus dem Energie- und Klimafonds heranziehen. Um einen künftigen Preisanstieg über das Brennstoffemissionshandelsgesetz zu kompensieren und die Akzeptanz des



### DAS FÖRDERPROGRAMM FÜR WASSERSTOFF H2GLOBAL GILT ALS MEILENSTEIN FÜR DEN INTER- NATIONALEN MARKTHOCHLAUF.

ABBILDUNG 5: ENTWICKLUNG DES E-GOVERNMENT (INDEXWERT VON 0 BIS 100)



Marktsystems zu gewährleisten, wird die Bundesregierung zudem über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus einen sozialen Kompensationsmechanismus entwickeln (Klimageld).

### ZUKUNFTS- UND KLIMAINVESTITIONEN BESCHLEUNIGEN

Die 2020er Jahre sollen zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen werden. Die Bundesregierung wird die Voraussetzungen schaffen, damit konsequent und zügig investiert werden kann. Sie wird die Transformation auch in den kommenden Jahren im Rahmen ihrer Finanzpolitik anschieben. Die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen liegen noch unterhalb des europäischen Durchschnitts. Sie befinden sich zwar bereits seit mehreren Jahren im Aufwind, werden aber noch einmal ausgeweitet, damit Deutschland seine Rolle als innovative Volkswirtschaft behält und einen Beitrag zum Aufschwung in Europa leistet. Gesamtwirtschaftlich strebt die Bundesregierung eine Investitionsquote deutlich oberhalb des EU-Durchschnitts an.

Die Bundesregierung hat am 13. Dezember 2021 den Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts 2021 beschlossen. Mit ihm werden dem Energie- und Klimafonds zur Finanzierung von Ausgaben zur Bewältigung der Pandemiefolgen 60 Milliarden Euro aus bereits veranschlagten und nicht genutzten Kreditermächtigungen zugewiesen. Die Mittel werden zweckgebunden zur Förderung von Investitionen im Gebäudebereich, in CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität, in

neue Produktionsanlagen in Industriebranchen mit emissionsintensiven Prozessen und zum Ausbau einer Infrastruktur für eine CO<sub>2</sub>-neutrale Energieversorgung sowie zur Stärkung der Nachfrage durch Abschaffung der EEG-Umlage eingesetzt.

Der bevorstehende Wandel der deutschen Wirtschaft muss in erster Linie durch private Investitionen getragen werden. Angesichts der ambitionierten klimapolitischen Ziele und des rapiden technologischen Wandels müssen die Rahmenbedingungen für private Investitionen gezielt verbessert und im Hinblick auf die Erfordernisse von Digitalisierung und Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung wird hierzu Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Verwaltungsgerichtsverfahren beschleunigen sowie unnötige Bürokratie abbauen und gezielte steuerpolitische Impulse setzen.

### DIGITALE TRANSFORMATION VORANBRINGEN, INNOVATIONEN ERMÖGLICHEN UND PRODUKTIVITÄT STEIGERN

Ein großes Potenzial für Produktivitätssteigerungen und neue Wertschöpfung liegt im digitalen Wandel und speziell in der datenbasierten Wertschöpfung. Grundvoraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Digitalstandort Deutschland ist eine erstklassige digitale Infrastruktur. Der Ausbau von Breitband und 5G haben daher Priorität. Auch die nächste Mobilfunkgeneration 6G nimmt die Bundesregierung bereits in den Blick. →

#### IN KÜRZE

Deutschland will den Wandel in der Industrie und die Digitalisierung beschleunigen.

JÄHRLICH SOLLEN

3,5 %

des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Nicht nur Betriebe und Unternehmen, sondern auch der Staat selbst muss die Potenziale, die mit einer modernen digitalen Infrastruktur einhergehen, umfassend im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nutzen. Eine moderne und effiziente Interaktion zwischen Staat und Unternehmen schafft mehr Freiräume für Innovation und Fortschritt. Trotz guter Ansätze zählt Deutschland in Europa bis heute nicht zu den Vorreitern bei der digitalen Modernisierung des Staates. Im Index der EU

## **FACHKRÄFTESTRATEGIE UND DIE NATIONALE WEITERBILDUNGSSTRATEGIE SOLLEN WEITER ENTWICKELT WERDEN.**

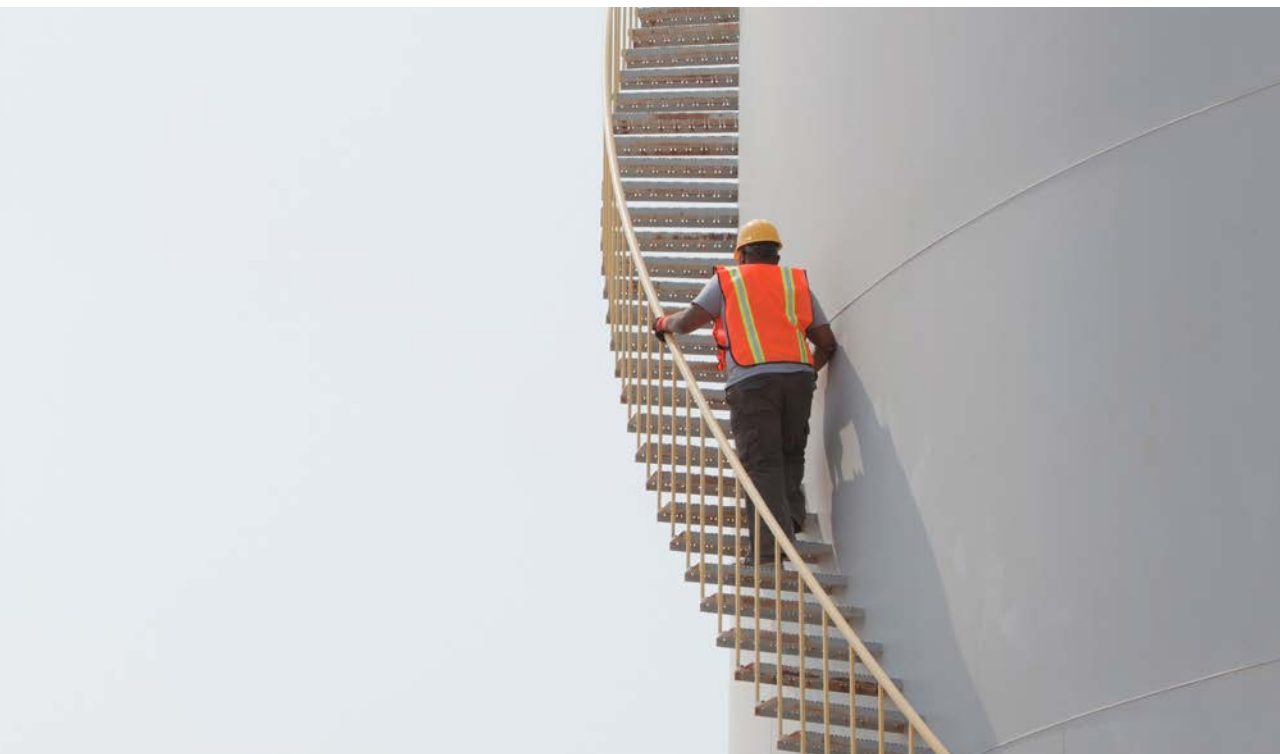
Kommission für eine digitale Wirtschaft und Gesellschaft liegt Deutschland aktuell auf Rang 11 von 28, für den spezifischen Bereich der Digitalisierung öffentlicher Dienste lediglich auf Platz 16 (Abbildung 5). Nicht zuletzt im Hinblick auf die bestehenden Transformationserfordernisse ist es Ziel der Bundesregierung, durch eine agile und digitale Verwaltung das Leben und Wirtschaften der Bürgerinnen und Bürger beziehungsweise Unternehmen spürbar zu erleichtern.

Um den Innovationsstandort Deutschland zu stärken, wird die Bundesregierung konsequent das Ziel weiterverfolgen, bis 2025 gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft jährlich 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren (Stand 2020: 3,14 %).

## **ARBEITSWELT TRANSFORMIEREN, SOZIALE TEILHABE ERMÖGLICHEN**

Grundvoraussetzungen für erfolgreichen Strukturwandel sind soziale Teilhabe und gesellschaftliche Akzeptanz. Dem Arbeitsmarkt kommt dabei eine hervorgehobene Rolle zu – mit Blick auf eine höhere Erwerbstätigkeit, verstärkte Qualifizierung und eine faire Entlohnung. Insbesondere wird der gesetzliche Mindestlohn in einer einmaligen Anpassung auf zwölf Euro je Stunde angehoben. Im Anschluss daran wird die unabhängige Mindestlohnkommission wieder über etwaige weitere Erhöhungsschritte befinden.

Die Bundesregierung wird ihre Fachkräftestrategie und die Nationale Weiterbildungsstrategie weiterentwickeln. Dabei geht es um eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Erwerbspersonen, einen neuen Schub für berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung, mehr Arbeitskräfteeinwanderung und attraktivere Arbeitsbedingungen in den Bereichen, in denen ein Mangel an Fachkräften herrscht oder absehbar ist. Die Bundesregierung beabsichtigt zudem, gemeinsam mit den Ländern die öffentlichen Bildungsausgaben deutlich zu steigern und strebt unter Anerkennung der Kultushoheit der Länder eine engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation aller föderalen Ebenen an (Kooperationsgebot). Die Bundesregierung wird auch die Möglichkeiten für berufliche



Neuorientierung, Aus- und Weiterbildung weiter verbessern. Insbesondere der Bedarf an individuellen beruflichen Weiterbildungen, auch für den Berufs- und Branchenwechsel, nimmt deutlich zu.

### **NACHHALTIGES UND INKLUSIVES WACHSTUM – DIMENSIONEN DER WOHLFAHRT MESSBAR MACHEN**

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie zeigt eindrücklich: Wohlstand umfasst viele Facetten. Deshalb ist es notwendig, in der Zukunft noch stärker als bislang die Qualität unserer wirtschaftlichen Entwicklung in den Fokus zu nehmen, nicht nur die insbesondere am Bruttoinlandsprodukt gemessene Quantität. Darüber, wie sich Wohlfahrt – die Lebensqualität in einer Gesellschaft – „jenseits des BIP“ messen und abbilden lässt, wird in der Wissenschaft und Politik seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert. Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und weiteren Berichten hat die Bundesregierung immer wieder umfassend zum Stand der Wohlfahrt und ihrer Zukunftsperspektive Stellung genommen.

Ein Sonderkapitel im Jahreswirtschaftsbericht knüpft daran an und beleuchtet Aspekte von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit, die einen Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung beziehungsweise zur

Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung aufweisen. Die ausgewählten Indikatoren ergänzen die in den weiteren Kapiteln des Jahreswirtschaftsberichts aufgeführten Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsaspekte und veranschaulichen die Entwicklung in folgenden Bereichen: I. Wachstum; Einkommen und Beschäftigung; II. Umwelt und Klimaschutz; III. Bildung, Forschung und Innovation; IV. Soziales, Demografie und Integration sowie V. Öffentliche Finanzen und gleichwertige Lebensverhältnisse. —

#### **KONTAKT**

SVEN BERGSCHMIDT, BENEDIKT LANGNER,  
DR. KENAN ŠEHOVIĆ & DR. JOHANNES VATTER  
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

ANNE LORENZAT  
Referat: Koordinierung der Energiewende

DR. JIN-KYU JUNG & DR. CHRISTIAN WITTNEBEN  
Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

DR. DIRK NEUMANN & JOST BÄSSLER  
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

[schlaglichter@bmwi.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwi.bund.de)



# MEHR E-AUTOS FÜR DEN KLIMASCHUTZ

*BIS ENDE 2022 IST DIE INNOVATIONSPRÄMIE  
FÜR DEN KAUF VON ELEKTROFAHRZEUGEN  
VERLÄNGERT WORDEN*

Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck will den Umstieg auf saubere Mobilität vorantreiben. Dazu wurde zunächst die Innovationsprämie für Elektrofahrzeuge um ein Jahr bis Ende 2022 verlängert. Mit ihr wird der Bundesanteil am Umweltbonus verdoppelt. Ab 2023 soll die Förderung deutlich stärker auf den Klimaschutz ausgerichtet werden.

Käuferinnen und Käufer von rein elektrisch betriebenen Elektrofahrzeugen (BEV) erhalten im Jahr 2022 weiterhin bis zu 9.000 Euro Förderung. Plug-In-Hybride (PHEVs) werden mit maximal 6.750 Euro gefördert. Die entsprechende Förderrichtlinie sieht vor, dass PHEVs seit dem 1. Januar 2022 eine elektrische Mindestreichweite von 60 km statt bisher 40 km aufweisen oder höchstens 50 Gramm CO<sub>2</sub>/km emittieren dürfen, um durch den Umweltbonus mit Innovationsprämie gefördert werden zu können. Diese Vorgabe ist bereits seit Februar 2020 in der Förderrichtlinie enthalten. Antragstellerinnen und Antragsteller hatten daher zwei Jahre Zeit, sich auf die verlängerten elektrischen Mindestreichweiten bei PHEVs ab 2022 einzustellen. Zuletzt wurde innerhalb der Bundesregierung ein mögliches Wegfallen des alternativen Förderkriteriums der CO<sub>2</sub>-Höchstgrenze von 50 Gramm CO<sub>2</sub>/km diskutiert. Um Antragstellerinnen und Antragstellern den Übergang zu erleichtern, bleibt dieses Kriterium nun ebenfalls bis Ende 2022 erhalten.

Ab 2023 sollen nur noch Elektrofahrzeuge gefördert werden, die nachweislich einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dieser soll über den elektrischen Anteil an gefahrenen Kilometern und eine elektrische Mindestreichweite definiert

werden. Die Arbeiten an dem neuen Förderdesign wurden mit dem Start der neuen Bundesregierung aufgenommen. Der Umweltbonus mit Innovationsprämie als Instrument der Anreizförderung ist ein voller Erfolg. Seit dem Start des Umweltbonus im Juli 2016 wurden rund 3,5 Mrd. Euro für 820.000 elektrisch betriebene Fahrzeuge ausgezahlt. Im Juli 2021 wurde das Ziel von einer Million zugelassener Elektrofahrzeuge (BEV und PHEV) erreicht. Mit Stand Oktober 2021 waren 557.489 rein elektrische Fahrzeuge und 527.419 PHEVs zugelassen.

Die Zunahme elektrisch betriebener Fahrzeuge liegt vor allem an der erhöhten Förderung durch die Mitte 2020 eingeführte Innovationsprämie. Gefördert werden können auch Leasingfahrzeuge und junge gebrauchte Elektrofahrzeuge. Unter Umständen ist auch eine gleichzeitige Förderung durch andere staatliche Institutionen möglich. An der Grundförderung des Umweltbonus, die bis längstens 2025 gilt, beteiligen sich die Hersteller zur Hälfte.

IN KÜRZE

Mehr als eine Million Elektrofahrzeuge fahren auf Deutschlands Straßen.

MEHR ZUM THEMA

Weiterführende Information ► [t1p.de/energieeffizienz](https://t1p.de/energieeffizienz)

KONTAKT

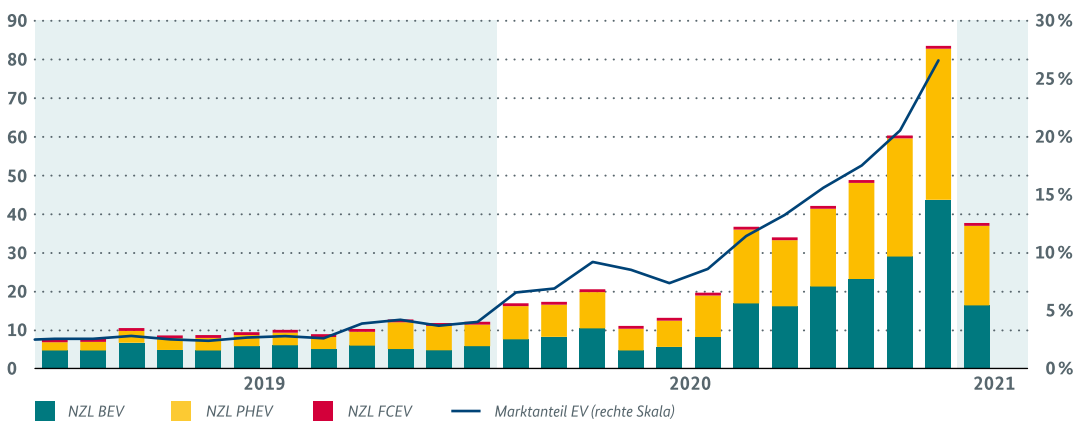
BIRGIT HOFMANN

Referat: Neue Antriebstechnologien, Elektromobilität, Umweltinnovationen

[schlaglichter@bmwi.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwi.bund.de)

MONATLICHE ELEKTRO-PKW NEUZULASSUNGEN IN DEUTSCHLAND

Tausende

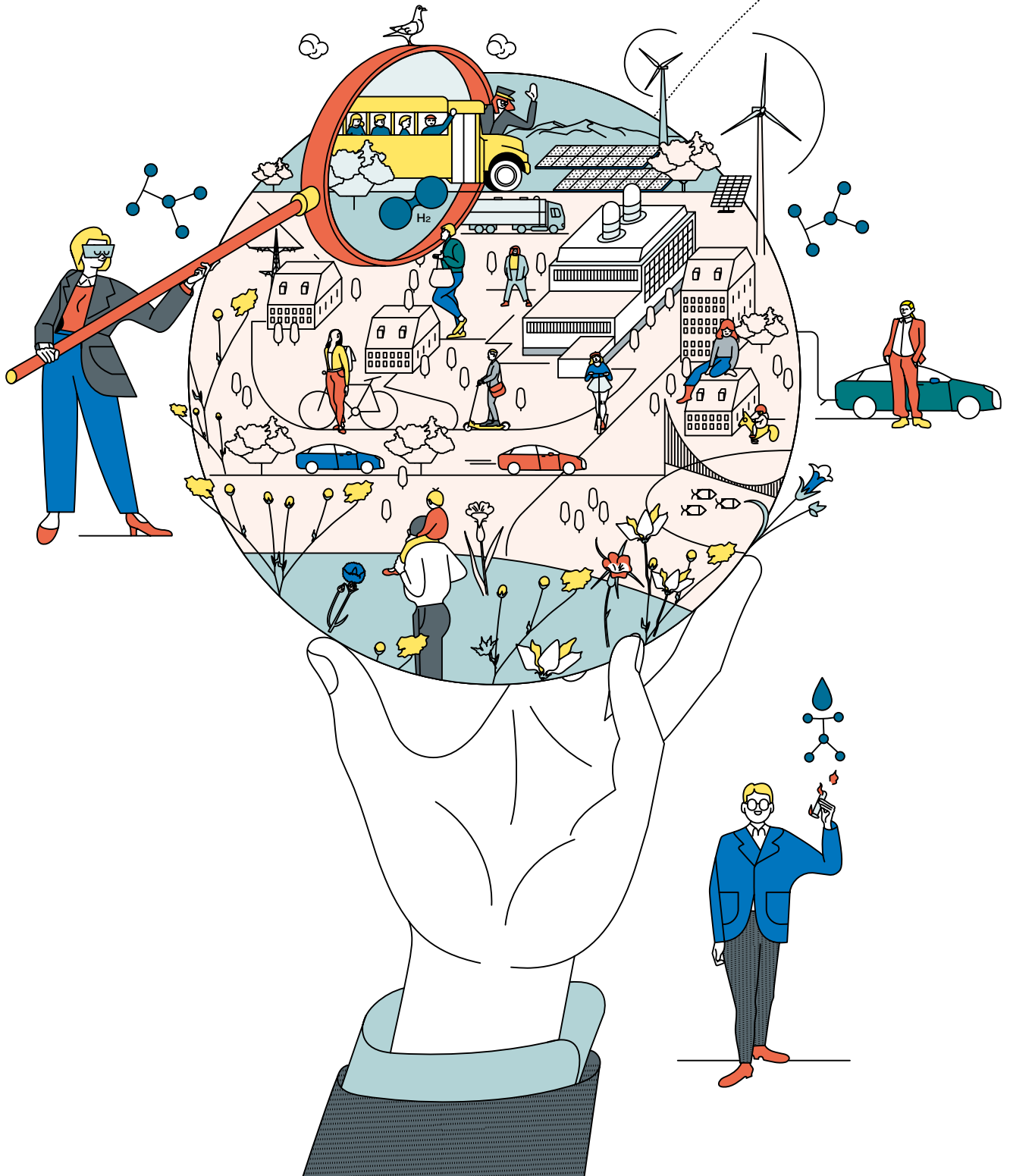


Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt (KBA)

Hinweis: BEV: vollelektrisch betrieben; PHEV: Plug-In-Hybride; FCEV: durch Wasserstoff/Brennstoffzelle betrieben

# GRÜNER WASSERSTOFF

DER RISING STAR IN DER  
INTERNATIONALEN ENERGIEPOLITIK







Wasserstoff führte lange ein Schattendasein in der Landschaft der Energieträger. Zwar ist sein Potential seit vielen Jahren bekannt, jedoch hat es einige Zeit gedauert, bis der Energieträger von der Forschungs- in die Anwendungsphase übergegangen ist. Mit dem sich nunmehr deutlich abzeichnenden Ende fossiler Energieträger in naher Zukunft rückt Wasserstoff auf der Suche nach leistungsfähigen Alternativen zunehmend in den Mittelpunkt. Solche Alternativen sind entscheidend für eine langfristig erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in allen Sektoren und für den Klimaschutz. Nach Überzeugung der Bundesregierung wird grüner Wasserstoff dabei als vielfältig einsetzbarer emissionsfreier Energieträger eine zentrale Rolle einnehmen. Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) setzte sich Deutschland deshalb zum Ziel, die klima-, energie- und wirtschaftspolitischen Chancen des Markthochlaufs von grünem Wasserstoff zu ergreifen und Deutschland als Leitmarkt für Wasserstofftechnologien zu etablieren.

Grüner Wasserstoff, der ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen auf Basis erneuerbarer Energien hergestellt wird, ermöglicht die Dekarbonisierung von Bereichen, in denen Energieeffizienz und die direkte Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien den Bedarf nicht ausreichend decken können. Dies betrifft vor allem die Schwerindustrie (Stahl, Chemie, usw.) und bestimmte Verkehrsbereiche wie die Luft- und Schifffahrt oder den Schwerlastverkehr. Neben Wasserstoff als direktem Energieträger kann dieser auch zu Derivaten wie e-Kerosin oder Ammoniak weiterverarbeitet werden, die als Ersatz für fossile Kraftstoffe wie Benzin und Kerosin eingesetzt werden können. Auch die Möglichkeit, Wasserstoff für sogenannte PtX-Verfahren einzusetzen, macht diesen

## 2 VON INSG.

9

MRD. EURO

aus der Nationalen Wasserstoffstrategie hat die Bundesregierung für internationale Wasserstoffprojekte zur Verfügung gestellt.

## PTX-VERFAHREN

Als Power-to-X-(PtX-)Verfahren wird die Möglichkeit bezeichnet, überschüssige Energie zu speichern und je nach Bedarf abrufen zu können. Da mit Strom grüner Wasserstoff aus Wasser gewonnen werden kann (Elektrolyse), bietet es sich an, überschüssige Energie aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Form von Wasserstoff zu speichern. Solche aus Strom gewonnenen Energieträger und Kraftstoffe bezeichnet man als PtX.

Energieträger besonders attraktiv für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Seine Nutzung als Energiespeicher ist dabei insbesondere für die Sektorkopplung wertvoll (Abbildung 1).

## INTERNATIONALER WASSERSTOFFMARKT

Der zukünftig große Bedarf an wasserstoffbasiereten Energieträgern in Deutschland wird nicht allein durch inländische Produktion abgedeckt werden können. Neben dem Aufbau einer starken inländischen Produktionslandschaft werden Importe sowohl aus Europa als auch aus dem nicht-europäischen Ausland eine wichtige Rolle spielen. Um den internationalen Markthochlauf anzukurbeln, sollen im nicht-europäischen Ausland mithilfe deutscher Technologie außerdem zahlreiche Anlagen zur Wasserstoffproduktion entstehen. Dadurch werden internationale Lieferketten etabliert, die Preise für die Wasserstoffproduktion durch Skalierungseffekte gesenkt und die Exporte deutscher Technologien gefördert.

Zur effektiven Umsetzung dieser internationalen Strategie hat das BMWK verschiedene Förderinstrumente entwickelt, die ineinandergreifen und so einen schnellen Markthochlauf für grünen Wasserstoff ermöglichen sollen. Diese stützen sich auf umfangreiche Mittel, die von der Bundesregierung zur schnellen und nachhaltigen Umsetzung der Energiewende bereitgestellt wurden und sind eng verzahnt mit den über 20 bilateralen Energiepartnerschaften des BMWK, Außenwirtschaftsförderinstrumenten sowie mit Instrumenten anderer Ministerien, die zum Beispiel mit entwicklungs- politischen oder geopolitischen Aspekten flankieren. Durch die Instrumente mit unterschiedlichen Zielrichtungen soll eine möglichst große Hebelwirkung der vorhandenen Mittel erreicht und langfristig ein florierender Markt für grünen Wasserstoff etabliert werden (Abbildung 2). —→

## IN KÜRZE

Mit Wasserstoff aus erneuerbaren Energien können CO<sub>2</sub>-Emissionen vor allem in energieintensiven Branchen deutlich verringert werden.

ABBILDUNG 1: EINSATZFELDER VON WASSERSTOFF





Wasserstoff gilt als vielfältig einsetzbare Alternative zu fossilen Energieträgern und damit als Schlüsselement der Energiewende und für den Klimaschutz. Er ist ideal, um Strom aus erneuerbaren Energien zu speichern. So können CO<sub>2</sub>-Emissionen vor allem dort deutlich verringert werden, wo Energieeffizienz und die direkte Nutzung von erneuerbarem Strom nicht ausreichen – etwa im Verkehr oder in der Industrie.

### 1 ELEKTROLYSE UND PTX

Für die Herstellung von grünem Wasserstoff durch Elektrolyse kann Strom aus Erneuerbaren wie Wind und Sonne verwendet werden. Dieses Verfahren wird auch als Power-to-Gas bezeichnet. Es ist eine der Power-to-X-Technologien, die Strom auch nutzen, um Wärme (Power to Heat) oder flüssige Energieträger (Power to Liquid) herzustellen.

### 2 WASSERSTOFF AUF REISEN

Wasserstoff gelangt über unterschiedliche Transportwege zu seinen Einsatzorten – per LKW, mit dem Schiff oder über Pipelines.

### 3 SYNTHETISCHE KRAFTSTOFFE

CO<sub>2</sub>-freier Wasserstoff kann zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe als Diesel-Ersatz im Schwerlast- oder Schiffsverkehr und zur Herstellung von e-Kerosin im Luftverkehr dienen.

### 4 ENERGIEWENDE IN DER INDUSTRIE

Wasserstoff könnte fossile Roh- und Brennstoffe in der Industrie ersetzen und so energieintensive Industrien wie die Stahlproduktion nachhaltiger machen.

### 5 STROM UND WÄRME

Als verbindendes Element kann Wasserstoff Sektoren wie Strom, Wärme und Verkehr enger verzahnen (Sektorkopplung) und sowohl zum Heizen als auch für Brennstoffzellenantriebe im Verkehr genutzt werden.

**H2GLOBAL**

**IN KÜRZE**

*Gezielte Förderinstrumente sollen den Aufbau eines globalen Wasserstoffmarktes unterstützen und die Entwicklung von Wasserstofftechnologien fördern.*

Mit einem Volumen von 900 Millionen Euro ist H2Global das zentrale Instrument zur zeitnahen Etablierung eines Markts für den internationalen Handel mit grünem Wasserstoff. Dabei soll in der Anfangsphase die Preisdifferenz zwischen importierten emissionsfreien wasserstoffbasierten Energieträgern und bislang eingesetzten fossilen Energieträgern ausgeglichen werden, um trotz der derzeit noch deutlich höheren Kosten schnell einen Handel mit grünem Wasserstoff zu etablieren (Abbildung 3). Dazu schließt eine Tochtergesellschaft der H2Global-Stiftung langfristige Abnahmeverträge mit außereuropäischen Produzenten zu einem festen Preis. Auf der Verkaufsseite werden kurzfristige Lieferverträge mit Abnehmern geschlossen, wobei sich der Preis nach dem aktuellen wettbewerbsfähigen Niveau (dem Marktpreis) richtet. Durch die Bedingung, dass die Produkte, die im außereuropäischen Ausland produziert werden, nach Europa geliefert werden müssen, etablieren sich nicht nur Produktionskapazitäten, sondern auch Transportrouten und die deutsche und europäische Infrastruktur. Es ist beabsichtigt, hiermit einen substan-

tiellen Beitrag zum Markthochlauf von grünem Wasserstoff in Deutschland und Europa zu leisten.

H2Global greift das vorhandene Interesse der Wirtschaft und Politik auf, grünen Wasserstoff flächendeckend zu etablieren, und begegnet gleichzeitig den bislang noch bestehenden Hindernissen der Rentabilität. Der Fördermechanismus wird von der Wirtschaft als sehr geeignetes Mittel gesehen, um anfängliche Startschwierigkeiten zu überwinden. Im Dezember 2021 gab auch die EU Kommission dem H2Global-Konzept grünes Licht. Abnahmeverträge sollen ab 2022 geschlossen werden. Die ersten Lieferungen nachhaltiger Energieträger auf Wasserstoffbasis nach Deutschland und Europa sind für das Jahr 2024 geplant.




**FÖRDERRICHTLINIE INTERNATIONALE H2-PROJEKTE**

Mit der Förderrichtlinie Internationale Wasserstoffprojekte, die das BMWK im Oktober 2021 gemeinsam mit dem BMBF veröffentlicht hat, wurde eine weitere Fördermöglichkeit geschaffen. Hierbei können Projekte mit grünem Wasserstoff von der Herstellung über den Transport und die Speicherung bis hin zur Verwendung mit bis zu 15 Millionen Euro gefördert werden. Zudem besteht die Möglichkeit, Forschungsprojekte in diesen Bereichen zu unterstützen. Die Förderrichtlinie fügt sich damit in das Instrumentarium des BMWK dort ein, wo bislang Wasserstoffprojekte aufgrund wirtschaftlicher Faktoren nicht realisierbar erschienen. Dafür wurde ein finanzieller Rahmen von zunächst 350 Millionen Euro bereitgestellt, der in drei Förderrunden 2021 und 2022 verteilt werden soll.

**INTERNATIONAL HYDROGEN RAMP-UP PROGRAM - H2UPPP**

Auch Entwicklungs- und Schwellenländer sollen in den internationalen Markthochlauf mit einbezogen und speziell gefördert werden. Dabei bedarf

**ABBILDUNG 2: ÜBERSICHT ÜBER DIE H2-FÖRDER-INSTRUMENTE INTERNATIONAL**

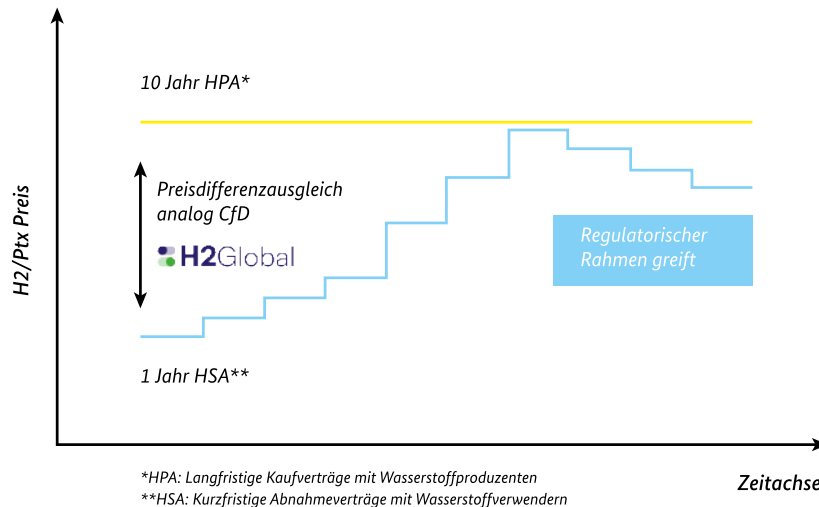
 <p><b>H2Global</b></p>	<p>Globalen Markthochlauf für grünen Wasserstoff fördern durch Ausgleich der Differenz von Kauf- und Verkaufspreis je nach Marktentwicklung</p>
 <p><b>Förderrichtlinie Internationale H2-Projekte</b></p>	<p>Förderung von Pilot- und Referenzprojekten im außereuropäischen Ausland über nicht rückzahlbare Zuschüsse für Projekte entlang der gesamten H2-Wertschöpfungskette, begleitende Forschungsvorhaben und Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung</p>
 <p><b>H2Uppp</b></p>	<p>Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei Wasserstoffprojekten, Förderung der Wasserstoffproduktion in Entwicklungs- und Schwellenländern</p>

Quelle: BMWK

MIT  
**900**  
MIO. EURO

*fördert H2Global den globalen Markthochlauf von grünem Wasserstoff.*

ABBILDUNG 3: PRINZIP DER DOPPELAUKTIONIERUNG



\*HPA: Langfristige Kaufverträge mit Wasserstoffproduzenten  
 \*\*HSA: Kurzfristige Abnahmeverträge mit Wasserstoffverwendern

Quelle: BMWK

**NEBEN EIGENER PRODUKTION BRAUCHT DEUTSCHLAND AUCH WASSERSTOFFIMPORTE.**

es bei der Entwicklung der Wasserstoffproduktion und der Nachfrage nach grünem Wasserstoff gezielter Unterstützung, um Chancen für Wasserstoffprojekte zu identifizieren, diese in konkrete Projektansätze zu überführen und ihre Realisierung zu unterstützen sowie gegebenenfalls politisch zu flankieren.

Um dazu gezielt beizutragen, hat das BMWK die Public-Private-Partnership-(PPP-)Maßnahme „International Hydrogen Ramp-up Programm“ (H2Uppp) ins Leben gerufen. Sie unterstützt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Identifizierung, Vorbereitung und Umsetzung von Pilotprojekten zur Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff – vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern und unter Verwendung von innovativem deutschem und europäischem Technologie-Know-how. Die Exportinitiative Energie mit ihren bestehenden Strukturen (Energie-Geschäftsreiseprogramm, Konsortialbildung und Projektentwicklungsprogramm) unterstützt hier insbesondere bei der Projektidentifizierung, um eine möglichst hohe Zahl an geeigneten Projekten in den H2Uppp-Ideenwettbewerb zu überführen.

H2Uppp dient auch der Vorbereitung anderer H2-Förderinstrumente für den internationalen Markthochlauf. So trägt die Maßnahme neben der direkten Umsetzung von PPP-Projekten auch dazu bei, H2-Projekte für die Förderrichtlinie des BMWK

zu identifizieren und während der Anbahnung und Konzeption zu unterstützen. Eine solche Verzahnung der einzelnen Instrumente ist zentral für ein umfassendes, nachhaltiges und erfolgreiches Netzwerk aus Fördermaßnahmen.

Neben der Etablierung deutscher Technologien in diesen Märkten kann so langfristig der Import von grünem Wasserstoff aus zahlreichen ausländischen Märkten nach Deutschland erreicht werden. Das trägt wiederum dazu bei, die Ziele der

**IN KÜRZE**

Auch Wasserstoffprojekte kleiner und mittlerer Unternehmen werden national und international gefördert.

**EXPORTINITIATIVE ENERGIE**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) unterstützt mit der Exportinitiative Energie kleine und mittlere Unternehmen der Energiebranche bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Angesprochen sind deutsche Unternehmen, die Energielösungen in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Intelligente Netze oder Speicher sowie neue Energietechnologien (wie z. B. Brennstoffzelle oder Power-to-X) anbieten. Der strategisch und regional ausgerichtete Ansatz verfolgt das Ziel, im Interesse des Klimaschutzes deutsche Energietechnologien international stärker zu positionieren und zu verbreiten. Weitere Hintergrundinformationen über die Aufgabe sowie das Angebot der Exportinitiative können über die Internetseite ► [www.german-energy-solutions.de](http://www.german-energy-solutions.de) abgerufen werden.

## PARTNERLÄNDER WERDEN BEIM AUFBAU IHRER WASSERSTOFFWIRTSCHAFT UNTERSTÜTZT.



Nationalen Wasserstoffstrategie zu erreichen. Zudem profitieren die Partnerländer und lokale Unternehmen von der Technologieführerschaft deutscher und europäischer Unternehmen und können dank konkreter grüner Wasserstoff-Pilotprojekte Erfahrungswerte für die klimafreundliche Transformation ihrer Energiesysteme sammeln.

### AUSBLICK

Für die nachhaltige Realisierung der Energiewende und das Erreichen der Klimaziele ist eine internationale Wasserstoffpolitik essentiell. Mit der gezielten und umfassenden Förderung des internationalen Markthochlaufs von grünem Wasserstoff strebt das BMWK die schnelle Etablierung eines weltweiten Marktes für grünen Wasserstoff und seine Folge-

produkte an. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, den Wasserstoffmarkt von Anfang an auch international zu denken. Durch ein globales Netzwerk von Partnern können Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels gleichzeitig als wirtschaftliche und ideelle Chance gesehen werden, durch die nachhaltiger Wohlstand geschaffen werden kann. Das Potential von grünem Wasserstoff als emissionsfreier und vielseitiger Energieträger findet immer mehr Anerkennung in Wirtschaft und Politik. Die Bundesregierung schafft mit Förderungen und einem soliden regulatorischen Rahmen national und europäisch Rahmenbedingungen, mit denen die wirtschaftlichen Akteure einen umfassenden Wasserstoffmarkt von der Produktion bis zum Endverbraucher aufbauen können. Dieser kann in einer globalen Welt nur mit internationalen Partnern funktionieren. Deutsche Technologie kann hier auch bei unseren internationalen Partnern für die Schaffung von Wertschöpfung und einen Markthochlauf nationaler Wasserstoffindustrien sorgen. —

### IN KÜRZE

Die Energiewende und das Erreichen der Klimaziele gelingen nur mit internationaler Wasserstoffpolitik.

DEUTSCHLAND SOLL

# Nr. 1

bei Wasserstofftechnologien  
weltweit werden.

### KONTAKT

JULIA SCHELLHAAS  
Referat: Bilaterale Energiekooperation

[schlaglichter@bmwi.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwi.bund.de)

# TERMINE

**2**  
FEBRUAR  
2022

**05.02.2022**

Auftragseingang im Verarbeitenden  
Gewerbe (Dezember)

**08.02.2022**

Produktion im Produzierenden  
Gewerbe (Dezember)

**14.02.2022**

Pressemitteilung  
„Wirtschaftliche Lage“

**17. /18.02.2022**

Internationales Gipfeltreffen

**3**  
MÄRZ  
2022

**07.03.2022**

Auftragseingang im Verarbeitenden  
Gewerbe (Januar)

**08.03.2022**

Produktion im Produzierenden  
Gewerbe (Januar)

**16.03.2022**

Pressemitteilung  
„Wirtschaftliche Lage“

**4**  
APRIL  
2022

**06.04.2022**

Auftragseingang im Verarbeitenden  
Gewerbe (Februar)

**07.04.2022**

Produktion im Produzierenden  
Gewerbe (Februar)

**13.04.2022**

Pressemitteilung  
„Wirtschaftliche Lage“

**27.04.2022**

Frühjahrsprojektion des  
Bundesregierung

## DIE „SCHLAGLICHTER“ ALS ABONNEMENT



Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch als elektronischer Newsletter verfügbar. Für ein Abonnement können Sie sich unter folgender Adresse registrieren:  
[www.bmwk.de/abo-service](http://www.bmwk.de/abo-service)

Darüber hinaus stehen die Ausgaben des Monatsberichts sowie einzelne Beiträge aus älteren Ausgaben auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unter folgender Adresse zur Verfügung:  
[www.bmwk.de/schlaglichter](http://www.bmwk.de/schlaglichter)

Haben Sie Fragen oder Anregungen zu den „Schlaglichtern“ bzw. einzelnen Artikeln? Dann wenden Sie sich gern an:  
[schlaglichter@bmwi.bund.de](mailto:schlaglichter@bmwi.bund.de)







## *KONJUNKTUR*

<i>DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM JANUAR 2022</i>	<i>50</i>
<i>BIP-NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2022</i>	<i>58</i>
<i>MONETÄRE ENTWICKLUNG</i>	<i>60</i>

# DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND IM JANUAR 2022<sup>1</sup>

## IN KÜRZE

IM JAHR 2021 IST DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT UM 2,7 % GESTIEGEN, NACHDEM ES EIN JAHR ZUVOR PANDEMIEBEDINGT UM 4,6 % ZURÜCKGEGANGEN WAR.<sup>2</sup> Das Schlussquartal 2021 dürfte angesichts wieder notwendiger Beschränkungen in den kontaktintensiven Dienstleistungen und Produktionsschwierigkeiten in der Industrie aufgrund der anhaltenden Lieferengpässe schwach verlaufen sein.

DIE LAGE IN DER INDUSTRIE HAT SICH JEDOCH IN DEN LETZTEN BEIDEN BERICHTSMONATEN STABILISIERTE. Die Industrieproduktion nahm nach einem deutlichen Anstieg im Oktober im November noch einmal leicht zu. Die Auftragsgänge legten zuletzt ebenfalls wieder spürbar zu. Die Stimmung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hat sich erstmals seit sechs Monaten verbessert.

DIE UMSÄTZE IM EINZELHANDEL STIEGEN IM NOVEMBER ERNEUT UND ÜBERTRAFEN IHR VORKRISENNIVEAU VOM FEBRUAR 2020 MERKLICH. Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes erzielte der Einzelhandel in Deutschland im Jahr 2021 insgesamt einen neuen Rekordumsatz. Der Ausblick auf die kommenden Monate wird aber durch den Pandemieverlauf und eine hohe Inflationsrate belastet.

DIE INFLATIONSRATE ERHÖHTE SICH IM DEZEMBER NOCH EINMAL LEICHT AUF 5,3 %. Ab Januar dürfte sich der Auftrieb des Verbraucherpreisniveaus aber merklich abschwächen, weil Sonderfaktoren eine geringere Rolle spielen. Die anhaltenden Lieferengpässe bei wichtigen Vorprodukten dürften allerdings noch für eine gewisse Zeit weiter bestehen bleiben. Der von ihnen ausgehende Preisdruck dürfte erst allmählich im Verlauf des Jahres zurückgehen.

AM ARBEITSMARKT SETZTE SICH DIE ERHOLUNG WEITER FORT, ANGESICHTS DER OMIKRON-VARIANTE KÖNNTE DIE DYNAMIK IM WEITEREN VERLAUF ABER NACHLASSEN. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Dezember saisonbereinigt erneut spürbar reduziert und die Erwerbstätigkeit hat im November saisonbereinigt weiter kräftig zugenommen. Die Kurzarbeit ist im Oktober leicht auf 0,7 Millionen Personen zurückgegangen, allerdings gab es zuletzt wieder mehr Anzeigen zur konjunkturellen Kurzarbeit.

IM JAHR 2021 DÜRFTE DIE ZAHL DER UNTERNEHMENSINSOLVENZEN NOCHMALS NIEDRIGER AUSGEFALLEN SEIN ALS IM VORJAHR UND DAMIT EIN NEUES REKORDTIEF ERREICHT HABEN. Von Januar bis Oktober gab es lediglich 11.738 Unternehmensinsolvenzen – rund 14 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Ein größerer Anstieg deutet sich auch zum Jahresende 2021 nicht an. Für das laufende Jahr erwarten Experten begrenzte Nachholeffekte, ein gesamtwirtschaftliches Risiko dürfte damit jedoch voraussichtlich nicht verbunden sein.

## EINSCHRÄNKUNGEN IN DEN KONTAKTINTENSIVEN DIENSTLEISTUNGEN UND LIEFERKETTENPROBLEME IN DER INDUSTRIE

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2021 um 2,7 % gewachsen, nachdem es durch die Corona-Krise im Jahr 2020 zu einem kräftigen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gekommen war. Die Industrie litt im letzten Jahr unter gravierenden Lieferengpässen bei zentralen Vorprodukten und konnte ihre Produktion – trotz voller Auftragsbücher – nicht wieder richtig hochfahren. Einige Bereiche der Dienstleistungen mussten pandemiebedingt zu Beginn und auch wieder gegen Ende des Jahres schmerzhaft Einschränkungen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten verkraften. Nun kommt es darauf an, durch Fortschritt bei den Impfungen gut durch den zweiten Pandemiewinter zu kommen und den Fortgang der wirtschaftlichen Aktivitäten zu sichern. Wenn sich im Verlauf des Jahres die Lieferengpässe allmählich auflösen, sollte wieder eine dynamischere wirtschaftliche Erholung möglich sein.

## KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG AM AKTUELLEN RAND

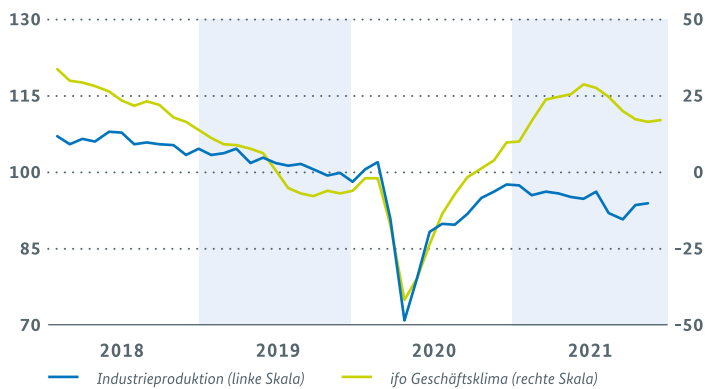
Die Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Lage in der Industrie in den letzten Monaten stabilisiert hat. Die Industrieproduktion verlief wieder günstiger, nachdem sie seit Anfang des letzten Jahres durch Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungen und Rohstoffen gebremst worden war.

<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 14. Januar 2022 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

<sup>2</sup> Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Januar 2022

**INDUSTRIEPRODUKTION UND IFO GESCHÄFTSKLIMA IM VERARBEITENDEN GEWERBE**

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK), ifo Institut

Im Dezember hat sich die Stimmung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes erstmals seit sechs Monaten aufgrund optimistischerer Erwartungen wieder verbessert. Auch die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im Oktober und November wieder gestiegen und die Neuzulassungen von Pkw durch private Halter erlebten gegen Jahresende einen kräftigen Zuwachs. Nach erster Schätzung des Statistischen Bundesamtes haben die Einzelhandelsumsätze ohne Kfz in Deutschland im Jahr 2021 insgesamt zugelegt und einen neuen Rekordstand erzielt, allerdings mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen in einzelnen Bereichen des Einzelhandels. Zuletzt wurde der private Verbrauch durch den Pandemieverlauf und eine hohe Inflationsrate belastet. Angesichts der zunehmenden Verbreitung der Omikron-Variante hat sich das Konsumklima verschlechtert.

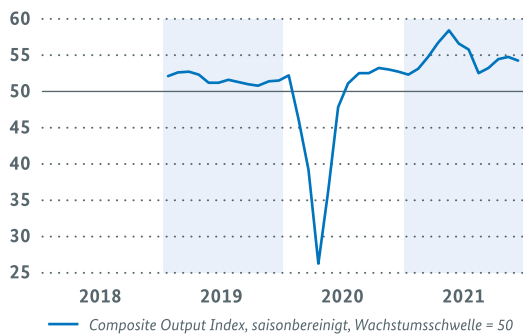
Die Inflationsrate lag im Dezember 2021 bei 5,3 %, das war der höchste Wert seit Juni 1992. Im Jahr 2021 insgesamt betrug die Inflationsrate im Durchschnitt 3,1 %, einen höheren Stand hat man zuletzt im Jahr 1993 verzeichnet. Zu Beginn des Jahres ist jedoch der preistreibende Sondereffekt als

Folge der ab Januar 2021 wieder zurückgenommenen temporären Senkung der Umsatzsteuersätze entfallen. Im Verlauf dieses Jahres dürfte sich der Auftrieb des Verbraucherpreisniveaus abschwächen, wenn sich die Lage bei den Energiepreisen wieder entspannt und der Mangel an Vorleistungsgütern allmählich auflöst. Am Arbeitsmarkt hielt die Erholung bis zuletzt an. Es zeichnet sich aber ab, dass die Kurzarbeit wieder steigen könnte, darauf deuten die Anzeigen im Dezember hin. Auch wenn die Dynamik am Arbeitsmarkt wegen des zunehmenden Aufkommens der Omikron-Variante an Schwung verlieren wird, dürften die meisten Unternehmen versuchen, ihre Beschäftigten zu halten, um Fachkräfteengpässen zu entgehen.

**LEICHTE BELEBUNG DER WELTWIRTSCHAFT TROTZ LIEFERENGPÄSSEN**

Die Weltwirtschaft hat sich im Oktober etwas belebt. Der Weltwarenhandel legte um 1,6% gegenüber dem Vormonat zu. Damit konnte er seine Einbußen aus dem Spätsommer wettmachen und befindet sich auf dem Niveau vom Juni. An den →

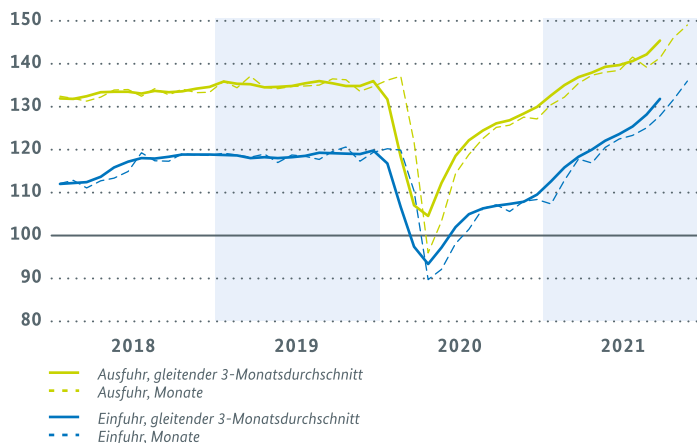
**EINKAUFSMANAGERINDEX WELT  
J.P.MORGAN / IHS MARKIT**



Quellen: J.P. Morgan / IHS Markit, Macrobond

**EIN-UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)**

(in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBK)

Höchststand vom März konnte er jedoch noch nicht anknüpfen. Die globale Industrieproduktion wurde ebenfalls hochgefahren, wenn auch nur leicht (+0,8% gegenüber September). Die Weltkonjunktur ist derzeit durch Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern und Rohstoffen und dem damit einhergehenden Preisdruck gedämpft. Wohl auch aufgrund der daneben bestehenden Belastungen im Dienstleistungssektor wegen des verstärkten Infektionsgeschehens folgt der OECD Composite Leading Indicator weiter seinem seit Juni abwärts-geneigten Trend. Die Stimmung bei den Unternehmen zeigt sich derweil stabil. Der Einkaufsmanagerindex von J. P. Morgan/IHS Markit ging im Dezember nach drei Anstiegen in Folge um 0,5 Punkte auf 54,3 Punkte zurück. Auch die Teilindizes für den Dienstleistungssektor sowie die Industrie befinden sich mit 54,6 Punkten bzw. 54,6 Punkten deutlich oberhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

**AUSSENHANDEL\***

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
<b>WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>AUSFUHR</b>	4,0	2,0	1,5	3,3	2,1
<b>EINFUHR</b>	6,5	4,6	2,2	3,0	3,3
<b>AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>AUSFUHR</b>	34,7	11,0	7,2	8,2	12,1
Eurozone	39,4	13,9	9,1	12,9	14,4
EU-Nicht-Eurozone	43,5	13,8	9,5	9,0	13,0
Drittländer	28,2	7,9	4,9	4,2	10,0
<b>EINFUHR</b>	31,1	15,8	13,3	17,4	19,3
Eurozone	33,3	16,2	12,5	19,5	20,9
EU-Nicht-Eurozone	37,5	7,1	4,7	5,9	7,3
Drittländer	27,3	18,7	17,3	20,3	22,8

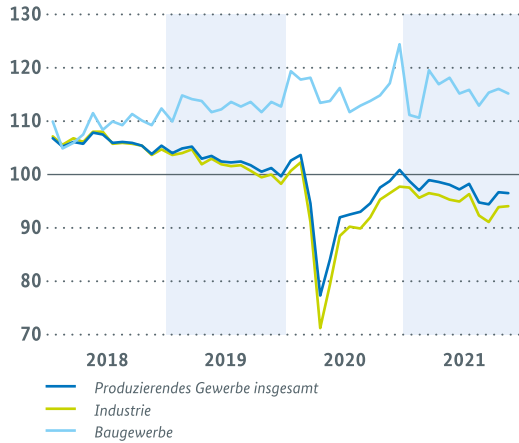
\* Angaben in jeweiligen Preisen  
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

**EX- UND IMPORTE LEGEN WEITERHIN  
SPÜRBAR ZU**

Die Waren- und Dienstleistungsexporte legten im November gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 2,1% zu (Oktober: +3,3%). Im Zweimonatsvergleich ergibt sich eine kräftige Zunahme um 5,2%. Bei weniger stark gestiegenen Ausfuhrpreisen erhöhten sich die Exporte auch preisbereinigt erneut spürbar. Die Waren- und Dienstleistungsimporte stiegen im November

**PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN**

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

gegenüber dem Vormonat nominal und saisonbereinigt abermals merklich um 3,3% (Oktober +3,0%). Im Zweimonatsvergleich fällt die Erhöhung noch deutlicher aus (+5,8%). Aufgrund deutlich steigender Einfuhrpreise dürften die Importe preisbereinigt allerdings weniger stark zugenommen haben.

Die Frühindikatoren zur Außenwirtschaft auf nationaler Ebene zeichnen die derzeitige Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nach. Die Auftragsingänge aus dem Ausland erhöhten sich im November gegenüber dem Vormonat um 8,0% und damit auf den vierthöchsten Stand seit 1991. Die ifo Exporterwartungen zeigen indes, dass das Verarbeitende Gewerbe Schwierigkeiten hat, die Nachfrage zu befriedigen. Im Dezember fiel der Saldo wert auf den niedrigsten Stand seit Januar. Weniger als ein Fünftel der Unternehmen glaubt derzeit an eine Verbesserung bis zum kommenden März. Trotz Beeinträchtigung durch die Lieferengpässe und das Infektionsgeschehen bleibt der Ausblick für den deutschen Außenhandel angesichts des hohen Auftragsbestands grundsätzlich zuversichtlich.

**DIE LAGE IN DER INDUSTRIE STABILISERT SICH UND DER AUSBLICK IST VERHALTEN OPTIMISTISCH**

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im November gegenüber dem Vormonat mit einem leichten Minus von 0,2% nahezu konstant geblieben. Die industrielle Ausbringung nahm etwas (+0,2%), während die Herstellung im Baugewerbe um 0,8% abnahm.

Die Lage in der Industrie scheint sich in den zurückliegenden Monaten stabilisiert zu haben. Nachdem die Industrieproduktion seit Anfang letzten Jahres durch Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern und Rohstoffen gebremst worden war, ist sie nach einem deutlichen Zuwachs im Oktober um 3,1% zuletzt im November noch einmal leicht gestiegen (+0,2%). Die gewichtige Kfz-Industrie konnte im November erneut einen Produktionszuwachs verzeichnen (+4,1%), wengleich der ebenfalls gewichtige Maschinenbau ein Minus von 3,6% meldete. Beide Industriebranchen leiden seit Monaten unter einem Mangel an Halbleitern. →

**INDUSTRIE**

VERÄNDERUNG GEGEN VORZEITRAUM IN %  
(Volumen, saisonbereinigt)

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
<b>PRODUKTION</b>					
Insgesamt	-1,1	-2,3	-1,3	3,1	0,2
Vorleistungsgüter	1,1	-3,0	-1,2	0,1	0,8
Investitionsgüter	-4,0	-4,0	-1,9	7,3	-0,6
Konsumgüter	1,2	3,2	0,2	-0,3	0,8
<b>UMSÄTZE</b>					
Insgesamt	-1,8	-3,0	-0,1	3,4	4,1
Inland	-0,9	-2,3	-0,8	2,7	3,1
Ausland	-2,6	-3,6	0,5	4,2	4,9
<b>AUFTRAGSEINGÄNGE</b>					
Insgesamt	3,3	1,2	1,8	-5,8	3,7
Inland	6,1	-3,3	-5,6	3,4	-2,5
Ausland	1,6	4,3	7,0	-11,4	8,0
Vorleistungsgüter	0,5	-2,3	-1,0	-1,7	1,2
Investitionsgüter	5,2	3,6	4,2	-9,5	5,3
Konsumgüter	3,8	-0,2	-1,6	4,3	3,8

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im November gegenüber dem Vormonat um 3,7% gestiegen, nachdem es im Oktober zu einem Rückgang um 5,8% gekommen war. Die Nachfrage nach Investitionsgütern erhöhte sich um 5,3% am deutlichsten. Die Bestellungen von Vorleistungs- und Konsumgütern legten um 1,2% bzw. 3,8% zu. Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen nahm das Ordervolumen um 3,8% zu. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt haben sich im November merklich erholt, nach zwei sehr kräftigen Rückgängen im August und Oktober. Ausschlaggebend hierfür war eine starke Nachfrage aus dem Euroraum (+13,1%) und dem Nicht-Euroraum (+5,0%). Die inländischen Ordereingänge indes gingen um 2,5% zurück. Die beiden gewichtigen Bereiche Kfz-Industrie und Maschinenbau erhielten mehr Aufträge (+7,0% bzw. +2,0%).

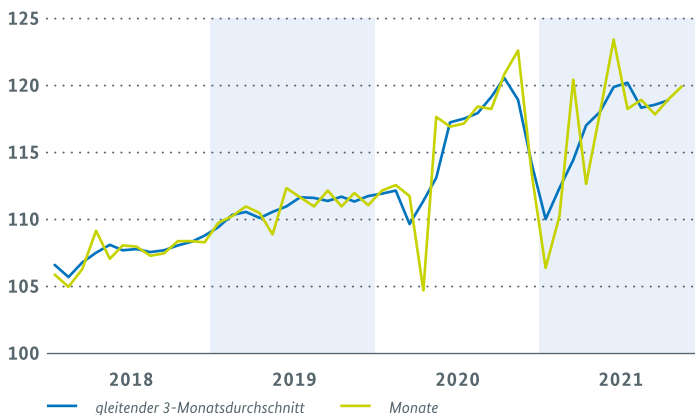
Die Stimmung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hat sich im Dezember erstmals seit sechs Monaten wieder verbessert, was auf optimistischere Erwartungen zurückzuführen ist. Die Industrieproduktion dürfte gleichwohl noch eine ganze Weile durch Lieferengpässe beeinträchtigt bleiben. Erst wenn diese sich im Verlauf des Jahres allmählich auflösen, kann wieder mit dynamischerem Wachstum gerechnet werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Stimmungsindikatoren und der gefüllten Auftragsbücher ist der weitere Ausblick für die Industriekonjunktur als verhalten optimistisch einzustufen.

**EINZELHANDELSUMSATZ ERNEUT GESTIEGEN, AUSBLICK ABER ZURÜCKHALTEND**

Im Einzelhandel ohne Kfz erhöhten sich die Umsätze im November gegenüber dem Vormonat um 0,8%, nachdem sie bereits im Oktober um 0,9% (aufwärtsrevidiert) gestiegen waren. Damit lagen die Umsätze zuletzt um 6,6% über ihrem Niveau im Vorkrisenmonat Februar 2020. Nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes hat der Einzelhandel in Deutschland im Jahr 2021 insgesamt einen neuen Umsatzrekord erzielt, gegenüber dem bisherigem Rekordjahr 2020 wurde voraussichtlich ein reales Umsatzplus von 0,9% verzeichnet. Für den November meldete der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren einen Rückgang der Umsätze gegenüber dem Vormonat um 3,4%, womit das Vorkrisenniveau vom Februar 2020 um 5,5% unterschritten wurde. Auch der Internet- und Versandhandel verzeichnete zuletzt eine Abnahme

**EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ**

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

**VERBRAUCHERPREISINDEX**

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Nov.	Dez.	Nov.	Dez.
Insgesamt	-0,2	0,5	5,2	5,3
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,5	0,8	3,3	3,7
Nahrungsmittel	0,5	1,1	4,5	6,0
Energie	1,8	-1,5	22,1	18,3
Dienstleistungen	-0,9	1,1	2,9	3,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,7	0,2	-	-

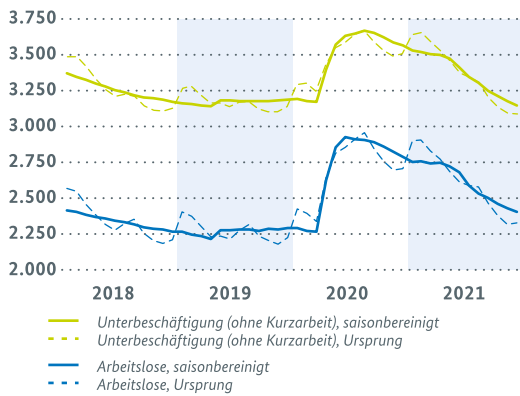
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

seines Umsatzes um 2,3 %. Er übertraf damit allerdings das Vorkrisenniveau weiterhin kräftig um 31,1 %. Bei den Neuzulassungen von Pkw durch private Halter kam es im Dezember zu einem kräftigen Anstieg um 18,6 %, nachdem bereits im Vormonat eine spürbare Zunahme um 6,2 % verzeichnet worden war.

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs wird durch den Pandemieverlauf und eine hohe Inflationsrate belastet. Beim Ausblick auf die kommenden Monate ist zu bedenken, dass die privaten Konsumenten und die Händler angesichts des aktuellen Infektionsgeschehens und steigender Preise verunsichert sein dürften. Die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel fielen im Dezember abermals per Saldo negativer aus und sind damit den sechsten Monat in Folge gesunken. Für die Verschlechterung spricht auch das GfK Konsumklima. Im Dezember ist es in den negativen Bereich gefallen und für Januar wird ein weiterer sehr deutlicher Rückgang des Indikators erwartet. Angesichts der zunehmenden Verbreitung der Omikron-Variante sind die Aussichten für den Start in das Jahr 2022 verhalten.

Das Verbraucherpreisniveau hat sich im Dezember gegenüber dem Vormonat voraussichtlich um 0,5 % erhöht (November: -0,2 %). Die Inflationsrate, also die Preisniveauentwicklung gegenüber dem Vorjahr, nahm im Dezember um 0,1 %punkte auf 5,3 % zu – der höchste Stand seit Juni 1992. Die hohe Rate ist insbesondere auf deutliche Steigerungen bei den Energiepreisen (+18,3 %) sowie den Preisen für Nahrungsmitteln (+6,0 %) zurückzuführen. Ab Januar dieses Jahres entfällt der Basiseffekt durch die temporäre Senkung der Umsatzsteuersätze wieder und die Future-Preise für Erdöl deuten derzeit auf eine gewisse Entspannung bei den Energiepreisen hin. Der anhaltende Mangel an Vorleistungsgütern wie Halbleitern dürfte allerdings weiterhin preistreibend wirken. Hier ist erst im Verlauf dieses Jahres mit einer allmählichen Entspannung zu rechnen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) erhöhte sich im Dezember gegenüber November um 0,4 %punkte auf 3,7 % und erreichte damit ihren höchsten Stand seit Dezember 1993. —>

**ARBEITSLOSIGKEIT UND  
UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)**



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBK)

**NACH WIE VOR POSITIVE ENTWICKLUNG  
AM ARBEITSMARKT**

Auch am Jahresende hält die Erholung am Arbeitsmarkt an, die Unsicherheit hat durch die Omikron-Variante aber auch hier zugenommen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung verringerten sich im Dezember saisonbereinigt abermals um 23.000 bzw. 32.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit aber leicht um 13.000 auf 2,33 Millionen Personen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren damit 378.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Auch bei Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzte sich der positive Verlauf fort. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im November saisonbereinigt um 43.000 Personen. In Ursprungszahlen waren damit 45,4 Millionen Menschen erwerbstätig, 403.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Im Oktober erhöhte sich die

**ARBEITSMARKT**

**ARBEITSLÖSE (SGB II und III)**

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,545	2,341	2,377	2,317	2,330
gg. Vorjahr in 1.000	-360	-381	-383	-382	-378
gg. Vorperiode in 1.000*	-175	-110	-40	-34	-23
Arbeitslosenquote	5,5	5,1	5,2	5,1	5,1

**ERWERBSTÄTIGE (Inland)**

	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,7	45,1	45,3	45,4	45,4
ggü. Vorjahr in 1.000	27	287	293	316	403
gg. Vorperiode in 1.000*	104	185	41	37	43

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE**

	2.Q.	3.Q.	Aug.	Sep.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	33,7	34,0	34,0	34,3	34,4
gg. Vorjahr in 1.000	386	512	509	529	504
gg. Vorperiode in 1.000*	103	152	40	48	37

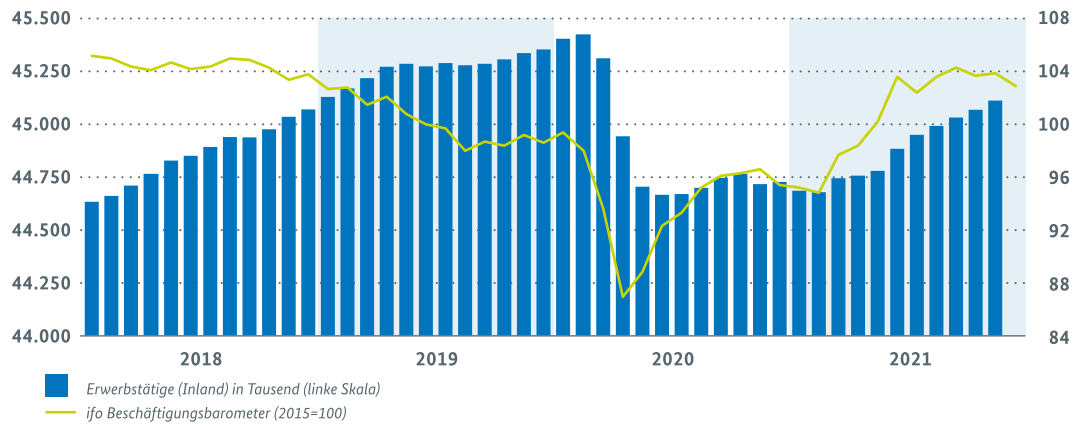
\*kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)



**ifo BESCHÄFTIGUNGSBAROMETER UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)**

Monate, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBK)

sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 37.000 Personen gegenüber dem Vormonat. Die Kurzarbeit verringerte sich laut Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit im Oktober leicht auf 0,7 Millionen Personen. Die Zahl der Kurzarbeitenden dürfte sich auch im November kaum verändern. Die Anzeigen sind aber zum Jahresende 2021 wieder angestiegen, was auf eine Erhöhung im Dezember hindeutet. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiter zu. Die Frühindikatoren von ifo und IAB gaben im Dezember merklich nach. Angesichts der Omikron-Variante könnte sich die Dynamik am Arbeitsmarkt vermindern. Die meisten Unternehmen dürften versuchen, ihre Beschäftigten zu halten.

**INSOLVENZENTWICKLUNG WEITER RÜCKLÄUFIG**

Von Januar bis Oktober 2021 verzeichneten die Amtsgerichte 11.738 Unternehmensinsolvenzen. Das sind rund 14% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auch wenn die Regelinsolvenzen laut Schnellindikator des Statistischen Bundesamts zum Jahresende 2021 stiegen (Dezember: +18% ggü. Vormonat), dürfte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der amtlichen Statistik im Gesamtjahr 2021 noch einmal spürbar unter dem Vorjahresniveau gelegen und somit ein neues Allzeittief erreicht haben. Für das Jahr 2022 sind begrenzte Nachholeffekte im niedrigen vierstelligen Bereich zu erwarten, auch wenn die Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf mit der neuen Omikron-Variante zugenommen hat. —

# BIP-NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2022

## IN KÜRZE

DER NOWCAST FÜR DIE SAISON- UND KALENDERBEREINIGTE VERÄNDERUNGSRATE DES BIP BETRÄGT +0,3 % FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2022 (STAND 10. JANUAR).<sup>1</sup>

Für das erste Quartal 2022 prognostiziert der Nowcast einen saison- und kalenderbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 %. Von der Bundesregierung und dem BMWK unabhängig, liefert der Nowcast eine täglich aktualisierte, rein technische Prognose der Wirtschaftsleistung. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erst Ende April 2022 erste amtliche Ergebnisse zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung des ersten Quartals 2022.

Der Verlauf des Nowcasts kann durch die nebenstehende Abbildung nachvollzogen werden. Anfang Oktober prognostizierte der Nowcast eine Steigerung um 0,4 % im ersten Quartal 2022. Bis Anfang Dezember pendelte der Schätzwert zwischen diesem Startwert und einem Höchststand von 0,7 % hin und her. Für Auftrieb sorgten Ende Oktober Berichte zur Entwicklung des BIPs im dritten Quartal 2021. Anfang Oktober sowie Anfang Dezember waren gute Neuigkeiten zur europäischen Konjunktur für temporäre Sprünge verantwortlich. Zwischenzeitliche Gegenbewegungen wurden vor allem durch enttäuschende Veröffentlichungen verschiedener Stimmungsindikatoren verursacht. Verhaltene Umfrageergebnisse waren auch für den Einbruch bis Mitte Dezember auf -0,4 % verantwortlich. Anfang Januar kam es unter anderem aufgrund positiver Meldungen zum deutschen Außenhandel für den Berichtsmonat November zu einer starken Aufwärtskorrektur des Nowcasts auf seinen aktuellen Prognosewert von 0,3 %.

Aus fachlicher Sicht erscheint das von dem Modell prognostizierte BIP-Wachstum im ersten Quartal 2022 ambitioniert. Im ersten Vierteljahr 2022 dürfte vor allem das aktuelle Infektionsgeschehen und die anhaltenden Lieferengpässe im Bereich Vorleistungsgüter und Rohstoffe eine große Rolle spielen. Die derzeitige Ausnahmesituation erschwert es empirischen Modellen, Kausalitäten zwischen Indikatoren und zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklung zu schätzen. Deshalb gilt es, rein modellgestützte Prognosen mit Experteneinschätzungen zu stützen.

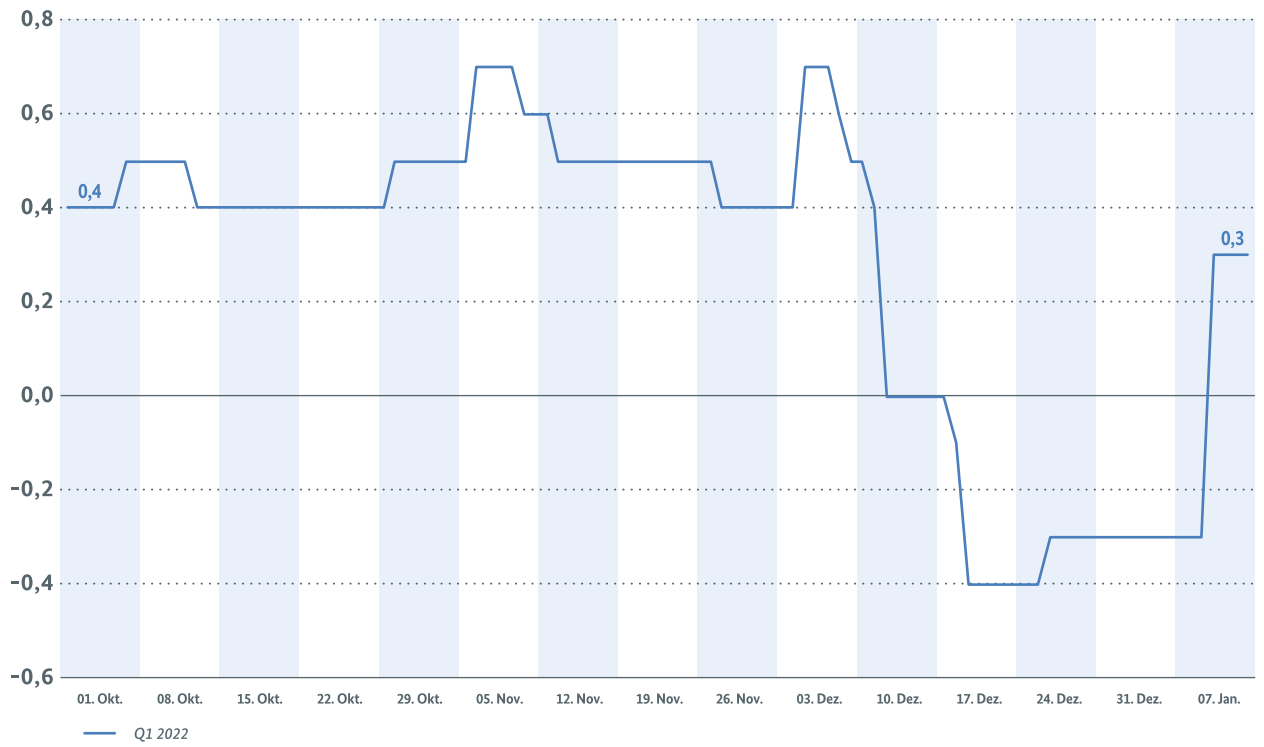
Aufgrund der rapiden Verbreitung der Omikron-Variante ist es derzeit ungewiss, welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie noch getroffen werden müssen. Wie die weitere Entwicklung unter den 2G-Plus-Regeln tatsächlich ausfällt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen, wenn erste Indikatoren für das erste Quartal 2022 veröffentlicht werden. Die Bundesregierung legt mit der Jahresprojektion 2022 ihre nächste Vorausschätzung am 26. Januar im Rahmen der Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts vor. —

## DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

<sup>1</sup> Für nähere Erläuterungen zu der Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12–15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

SAISON- UND KALENDERBEREINIGTES WACHSTUM GGÜ. VORQUARTAL



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

# MONETÄRE ENTWICKLUNG

**IN KÜRZE**

DIE EZB PROGNOTIZIERT 2022 EINE INFLATION VON 3,2% UND BEABSICHTIGT IM LAUFE DES JAHRES IHRE ANLEIHEANKÄUFE LANGSAM, ABER STETIG ZU REDUZIEREN. GLEICHWOHL SEI LAUT EZB WEITER LOCKERE GELDPOLITIK NOTWENDIG, UM DIE INFLATION MITTELFRISTIG BEI DEM EZB-ZIEL VON 2% ZU STABILISIEREN. DIE LEITZINSEN BLEIBEN UNVERÄNDERT.

Die Inflation in der Eurozone zog zuletzt deutlich an. Im November stieg das allgemeine Preisniveau um 5,0% gegenüber dem Vorjahr.<sup>1</sup> Die EZB hat im Dezember 2021 quartalsmäßig neue – jetzt deutlich höhere – Inflationsprognosen präsentiert: Nach 2,6% für 2021 prognostiziert die Notenbank 3,2% im nächsten Jahr aber wieder unter ihrem 2%-Ziel liegende 1,8% im Jahr 2023 und 2024. Die neuen Prognosen fallen wesentlich höher aus als frühere Prognosen – zum Teil mehr als doppelt so hoch. Die EZB prognostiziert zudem, dass die Kernrate der Inflation, also ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel, über die nächsten Jahre stets unter 2% liegen wird: Nach 1,4% für 2021 prognostiziert die Notenbank eine Kerninflation von 1,9% für 2022, 1,7% für 2023 und 1,8% für 2024.

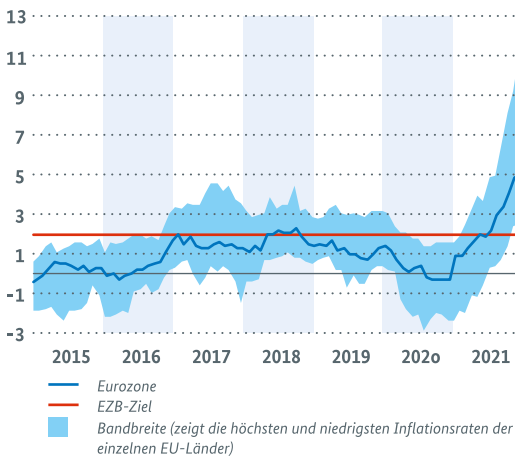
**GELDPOLITISCHER KURS DER EZB**

Konjunktur und Inflationsentwicklung erlauben aus Sicht der EZB eine schrittweise Reduktion ihrer Anleihekäufe, jedoch sei weiter lockere Geldpolitik notwendig, um die Inflation mittelfristig bei dem EZB-Ziel von 2% zu stabilisieren. Das Notfall-Ankaufprogramm PEPP wird wie geplant im März auslaufen, dafür wird das reguläre Ankaufprogramm APP temporär – im zweiten und dritten Quartal 2022 – ausgeweitet. Eine „brutal transition“ solle laut EZB-Präsidentin Lagarde vermieden werden, wenn die EZB im Laufe des Jahres immer weniger Wertpapiere ankaufen werde. Die Leitzinsen bleiben unverändert und werden auch 2022 wahrscheinlich nicht erhöht.

60 SCHLAGLICHTER FEBRUAR 2022

**INFLATION IN DER EUROZONE**

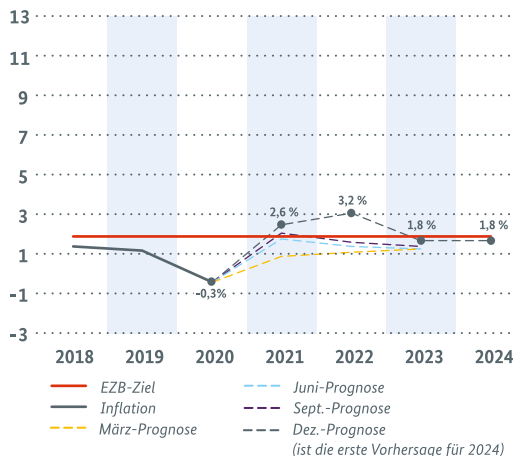
(in % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI))



Quellen: Eurostat, Macrobond

**EZB-INFLATIONSPROGNOSE**

(in % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI))



Quelle: Europäische Zentralbank

<sup>1</sup> Gemessen auf Basis des über die Eurozone Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

**PEPP läuft Ende März aus**

Die EZB wird – wie angekündigt – ihre wöchentlichen Notfall-Ankäufe im Rahmen des Pandemic Emergency Purchase Programmes (PEPP) im Laufe des ersten Quartals 2022 weiter senken und zu Ende März auslaufen lassen. Das Auslaufen soll durch einen bis Ende 2024 verlängerten Horizont für Reinvestitionen abgedeckt werden. Außerdem betont die EZB angesichts möglicher Marktverwerfungen, weiter flexibel mit den Reinvestitionen zu agieren. Im November kaufte die EZB im Rahmen des PEPP Wertpapiere im Wert von 69 Mrd. Euro netto auf und hält derzeit Wertpapiere im Wert von 1.563 Mrd. Euro (18 % der EZB-Bilanz); 97 % davon sind Staatsanleihen der Eurozonen-Mitgliedstaaten. Der Maximalrahmen des PEPP beläuft sich auf 1.850 Mrd. Euro. Das heißt, dass noch maximal 287 Mrd. Euro, also etwa 95 Mrd. Euro pro Monat, bis Ende März 2022 zu Verfügung stünden. Der Maximalrahmen dürfte vermutlich aber nicht ausgenutzt werden.

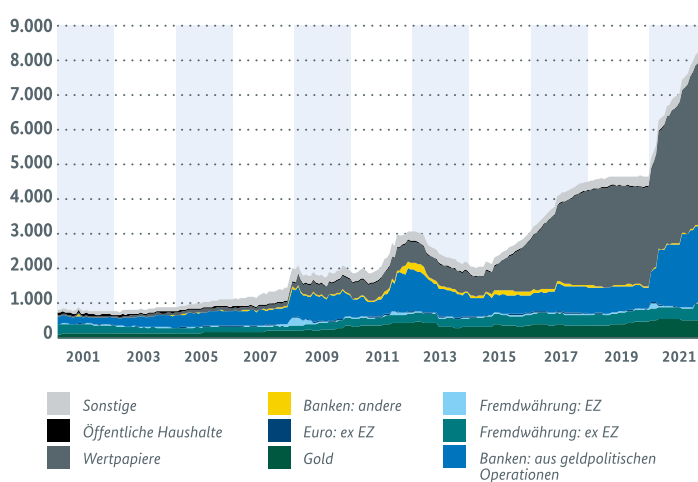
**APP wird umfangreicher, aber nur temporär**

Die EZB wird im ersten Quartal 2022 im Rahmen des Asset Purchase Programme (APP) weiter monatlich Wertpapiere im Wert von 20 Mrd. Euro kaufen. Im zweiten Quartal sollen die Ankäufe 40 Mrd. Euro, im dritten Quartal 30 Mrd. Euro und ab Oktober 2022 dann wieder 20 Mrd. Euro monatlich betragen. Dabei soll das APP noch so lange laufen, wie die EZB ihre akkommodierende Politik für notwendig erachtet und spätestens kurz vor einer Zinserhöhung enden. Das im zweiten und dritten Quartal nun höhere APP-Volumen dürfte den Wegfall der PEPP-Ankäufe kompensieren und die von der EZB avisierte Reduktion der Anleihekäufe im Laufe des nächsten Jahres glätten.

Im November kaufte die EZB im Rahmen des APP Wertpapiere im Wert von knapp 21 Mrd. Euro netto auf und hält derzeit Wertpapiere im Wert von 3.144 Mrd. Euro (36 % der EZB-Bilanz); 80 % davon sind Staatsanleihen der Eurozonen-Mitgliedstaaten im Rahmen des Public Sector Purchase Programme (PSPP). →

**EZB-BILANZ**

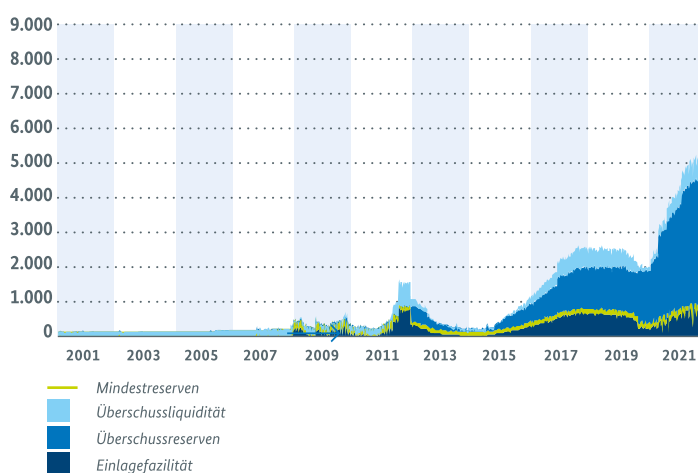
(in Mrd. Euro)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

**LIQUIDITÄT IM EUROBANKENSYSTEM**

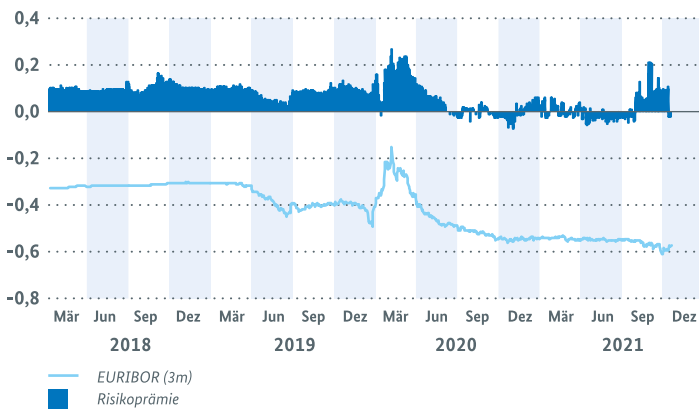
(in Mrd. Euro)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

**GELDMARKT**

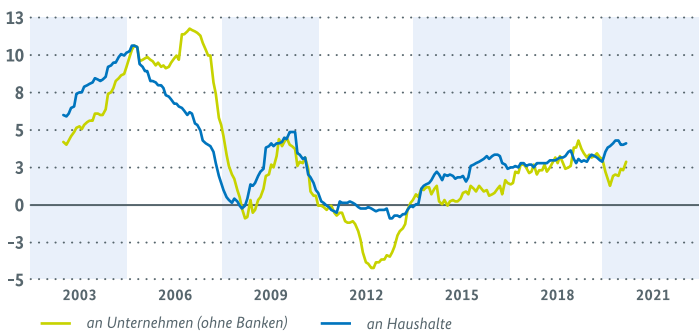
(Risikoprämie ggü. Eurex Repo STOXX GC Pooling Market, Referenzlaufzeit: 3 Monate; in %)



Quelle: Macrobond

**KREDITWACHSTUM**

(in % ggü. Vorjahr)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

**TLTROs planmäßig ausgelaufen**

Die Vergabe von vergünstigten Langfrstkrediten an den Bankensektor (TLTROs III) ist wie angekündigt im Dezember ausgelaufen. Dennoch möchte die EZB das Auslaufen des Programms möglichst milde gestalten und die günstigen Bedingungen des Programms so anpassen, dass die Banken beim Vermitteln zwischen Kreditangebot und -nachfrage nicht durch Negativzinsen gestört werden. Ein etwaiges Nachfolge-Programm (TLTRO IV) wurde nicht erwähnt.

Derzeit hält die EZB Kredite im Wert von 2.200 Mrd. Euro im Rahmen der TLTROs (26% der EZB-Bilanz).

**Leitzinsen und Forward Guidance unverändert**

Die EZB erhöht die Zinsen erst, wenn dafür die drei Bedingungen ihrer Forward Guidance erfüllt sind: Die Inflation muss schon deutlich vor Ende ihres Projektionszeitraumes (zur Zeit 2024) 2% erreicht haben, darf diesen Wert auch nicht mehr unterschreiten und die höhere Inflation muss sich in den wichtigsten Inflationskomponenten widerspiegeln. Dabei betont die EZB explizit, dass ein Überschießen der Inflation übergangsweise möglich ist. Die Leitzinsen bleiben unverändert mit dem Hauptrefinanzierungssatz bei 0,00%, dem Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25% und der Einlagefazilität bei -0,50%.

Die Bilanz der EZB beläuft sich in Summe auf 8,5 Bio. Euro. Das ist der höchste Wert seit Gründung der EZB im Jahr 1998 und entspricht rund 70% des Eurozonen-BIP.

**RENDITEN AUF UNTERNEHMENSANLEIHEN UND FINANZIERUNGSKOSTEN FÜR HAUSHALTE**

(in %)



Quellen: Europäische Zentralbank, Macrobond

**FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN**

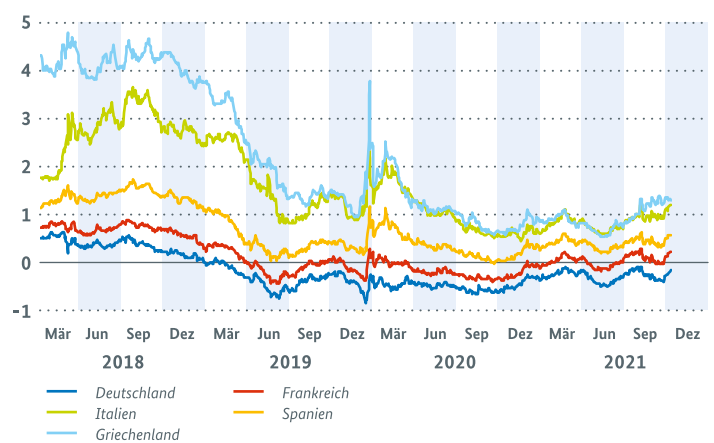
Die Banken der Eurozone halten weiter extrem viel Liquidität. Die Überschussreserven belaufen sich auf derzeit rund 3,3 Bio. Euro und die Überschussliquidität 480 Mrd. Euro.

Am Geldmarkt, an dem Banken unbesichert ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf decken, bleiben die Zinsen auf dem Niveau des Einlagesatzes der EZB. Der EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate), einer der am stärksten genutzten Referenzzinssätze in der Eurozone (hier für Geschäfte mit Laufzeit von drei Monaten) notiert derzeit bei etwa -0,55 %. Verglichen mit dem Risikoaufschlag zu besicherten Instrumenten für die gleiche Laufzeit besteht derzeit nur minimaler Unterschied. Der Aufschlag schwankt derzeit um 0 %.

Die ausstehende Kreditmenge in der Eurozone belief sich im November auf 6,5 Bio. Euro (an Haushalte) und 13,4 Bio. Euro an Unternehmen (das entspricht 57 % bzw. 120 % des Eurozonen-BIP). Das Kreditwachstum bleibt gemäßigt: Kredite an Haushalte wuchsen im November um 4,1 % und Kredite an Unternehmen wuchsen im November um 2,9 % im Vergleich zum Vorjahr. —>

**RENDITEN AUF 10-JÄHRIGE STAATSANLEIHEN**

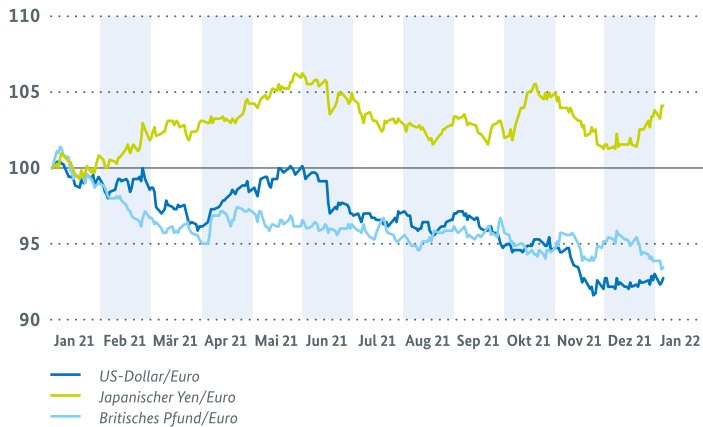
(in %)



Quelle: Macrobond

## WECHSELKURSE

Index rebasiert auf 01.01.2021 = 100



Quelle: Macrobond

Die Renditen auf Unternehmensanleihen in der Eurozone verbleiben auf niedrigem Niveau. Anleihen mit einer BBB-Bewertung und mit einer Laufzeit von zehn Jahren erwirtschaften beispielsweise derzeit eine Rendite von rund 1,4%, solche mit einem AAA-Rating notieren bei 0,6%. Die Finanzierungskosten für Haushalte bewegen sich dazwischen, zuletzt bei rund 1%.

Die Rendite 10-jähriger deutscher Bundesanleihen bewegte sich Mitte Januar (Redaktionschluss) deutlich in Richtung 0%-Marke. Die Rendite deutscher Bundesanleihen liegt damit höher als der Zins für die Einlagefazilität bei der EZB (-0,5%).

Die Renditen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer sind ebenfalls niedrig. Die höchsten Renditen sind nach wie vor von griechischen und italienischen Staatsanleihen; sie liegen bei rund +1,2 bis +1,3%.

Der Wert des Euro lag im Dezember bei durchschnittlich 1,13 US-Dollar pro Euro. Gegenüber dem britischen Pfund notierte der Euro Anfang Januar bei etwa 0,85 Pfund pro Euro, gegenüber dem japanischen Yen bei rund 129 Yen pro Euro. Im Laufe des letzten Jahres ist damit der Euro gegenüber US-Dollar und Pfund schwächer, gegenüber dem Yen leicht stärker geworden. —





## **IMPRESSUM**

### HERAUSGEBER

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
[www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

### STAND

26. Januar 2022

### DRUCK

Bonifatius GmbH  
Druck – Buch – Verlag  
33100 Paderborn

### PAPIER

Die „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ wurden auf 100 % recyceltem Altpapier gedruckt. Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten wurden mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

### UMSCHLAGPAPIER

170 g/m<sup>2</sup>, ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

### INNENSEITENPAPIER

100 g/m<sup>2</sup>, ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

### BEILEGER

100 g/m<sup>2</sup>, ungestrichen Recycling (Vivus 100), Blauer Engel

### GESTALTUNG

Hirschen Group GmbH  
10997 Berlin

### BILDNACHWEIS

Titel, S. 10, 12, 15 – 16, 19: Anton Hallmann; S. 2, 26: BMWK;  
S. 8: Dominik Butzmann; S. 20, 28, 34, 36 – 38: Getty Images;  
S. 17, S.33: bitteschön.TV; S. 22, 24: Kika Klat;  
S. 40, 42 – 43, 46: Eva Revolver

### DIESE UND WEITERE BROSCHÜREN ERHALTEN SIE BEI:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)  
[www.bmwk.de](http://www.bmwk.de)

### ZENTRALER BESTELLSERVICE

Telefon: 030-182722721  
Bestellfax: 030-18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.





